

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

NOSW

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Sonabend, den 23. Dezember 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Wilson's Weihnachtsbotschaft. Friedensnote an die kriegführenden Mächte.

Der Friede marschiert.

Als die deutsche Regierung vor zehn Tagen den großen Schritt des Friedensangebotes tat, da drängte sich als erste Gefühlslage einem Blatt des alldeutschen Kreises, der „Post“, der Ausruf über die Lippen: Jetzt sähe man, wie überflüssig die „Einmischung“ der Neutralen sei.

Wir haben diese Brüstung sofort als unangebracht zurückgewiesen. Die Friedensnote, die jetzt vom Präsidenten Wilson ausgeht, rechtfertigt unsere Haltung. Wir sind ganz und gar nicht geneigt, sie mit Hinblick auf das schon vorliegende und von der Entente noch nicht beantwortete deutsche Friedensangebot für einen überflüssigen und nachklappenden Akt zu halten; im Gegenteil, wir begrüßen sie als einen zweiten positiven Schritt auf der Bahn zum Frieden.

Denn es ist klar, daß für die Herbeiführung des Friedens auf keinen Fall zuviel geschehen kann. Der Krieg in seiner jetzigen Gestalt gleicht einem mit höchster Sprengladung abgeschossenen Projektil, das unaufhaltsam seine Bahn dahintrast. Selbst die stärksten Hindernisse müssen gegenüber dem grauenhaften Selbstbeharrungsvermögen der Zerschlagungskraft schwach und unzuverlässig erscheinen, aber jedes neue Hindernis schwächt die Kraft der Granate, und wenn daher Versuch auf Versuch zur Herbeiführung des Friedens folgt, so muß doch einmal der Punkt eintreten, in dem die Vernichtungsgewalt der Kriegesurie gebrochen ist.

Dabei wollen wir die Aussichten und Stärke der Wilson'schen Note nicht überschätzen. Das deutsche Angebot ging weiter, es strebte direkt die Einleitung von Verhandlungen an. Wilson ist sehr vorsichtig, er schlägt keinen Frieden vor, er bietet nicht einmal seine Vermittlung an, sondern er sondiert lediglich, wie nahe der Frieden sein möge. Zu diesem Zweck regt er eine Vergleichung der Ansichten über die Bedingungen des Friedens an, die den endgültigen Friedensabmachungen vorausgehen müsse.

Das ist gewiß nicht viel, aber es kann eine sehr wertvolle Ergänzung des deutschen Friedensangebotes werden. Unsere Gegner berufen sich darauf (wir halten das allerdings nur für einen Vorwand), daß Deutschland seine Bedingungen nicht klar genug formuliert habe. Wenn aber die englischen Staatsmänner fortgesetzt behaupten, daß Englands Bedingungen bekannt seien, so trifft sie der Vorwurf der Unklarheit in doppeltem Maße. Die Neuierungen des deutschen Reichskanzlers, der die Existenz und die Entwicklungsfreiheit Deutschlands gesichert wissen will, tragen jedenfalls einen defensiven Grundcharakter. Aber wie ist es mit der „Wiederherstellung“, „Genugtuung“ und den „Garantien“ Lloyd Georges, namentlich wenn man diese Worte im Lichte Briand'scher und Trepow'scher Kommentare betrachtet, wenn man die französische Forderung auf Elsaß-Lothringen, die russische auf Konstantinopel, Polen, Westpreußen usw. im Gedächtnis hat?

Wilson drückt die Ueberzeugung aus, daß die Ziele, welche beide kriegführenden Parteien im Auge hätten, miteinander in höherem Maße im Einklang ständen, als gemeinhin angenommen wurde, daß der Gegensatz nicht unüberbrückbar sei. Soweit Deutschland in Frage kommt, darf er das tun. Hat doch der deutsche Reichskanzler erklärt, daß die eigenen Rechte und begründeten Ansprüche der Zentralmächte „in keinem Widerspruch zu den Rechten der anderen Nationen stehen“. Die weit Lloyd George von seinen Genugtuungen und Garantien daselbst sagen kann, wissen wir nicht. Wir sind jedenfalls überzeugt, daß Herr Wilsons Ermittlungen keineswegs zum Nachteil Deutschlands ausschlagen werden.

Aber eben deshalb stößt der Wilson'sche Vermittlungsversuch auf den leidenschaftlichen Widerstand aller derer, die noch immer für ein aggressives Kriegsziel Deutschlands ringen. Die Freitag-Abendausgabe der Blätter, die uns seit Jahr und Tag die Lehre vom englischen „Hauptfeind“ und der Notwendigkeit „realer Garantien“ im Westen predigen, bringt zum Wilson'schen Verhandlungsvorschlag eigentlich nur einen einzigen Artikel, und es ist interessant, die Gedankengänge Georg Vernhards in der „Vossischen Zeitung“ fast mit denselben Worten von Heinrich Rippler in der „Täglichen Rundschau“ wiederholt zu finden.

Was erfahren wir da? Wilson's Friedensnote ist ein hinterlistiger Streich, ein „diplomatisches Räufenspiel“ (Vernhard), ein Versuch, das harmlos-ehrliche Deutschland zu überlisten und zu überbügeln. England, so erfahren wir, steht am Rande des Abgrunds, Lloyd Georges starke Worte sind nur Maskerade, ebenso die heftige Ablehnung Wilsons durch die englische Presse. Amerikas Schritt ist von England herbeigesehnt, wenn nicht herbeigerufen worden, um es in letzter Stunde vor der Zerschmetterung durch Deutschland zu retten.

Amerikas Gründe sind nach dieser Darstellung folgende: Englands Bedrohung durch den U-Voot-Krieg werde immer stärker, eine Katastrophe drohe einzutreten, und diese wolle Amerika verhindern, einmal aus allgemeiner Sympathie mit dem blutsverwandten Vetter jenseits des Ozeans, sodann, weil es England als Rückendeckung gegen Japan brauche. Ferner hätten die amerikanischen Kriegsgewinne ihren Höhepunkt überschritten, so daß Amerika kein materielles Interesse mehr an der Fortsetzung des Krieges habe, ja es leide direkt unter ihm infolge des entzogenen Absatzes von Baumwolle und der mangelnden Einfuhr von Kali, welche die amerikanische Landwirtschaft zu ruinieren drohe.

Fangen wir mit dem letzten an. Daß den Vereinigten Staaten auch wirtschaftliche Nachteile durch den Krieg entstehen, leugnen wir nicht. Wir gestehen sogar zu, daß dies ein Hauptgrund für Wilsons Friedensinitiative sein mag. Unersichtlich aber ist uns, warum sich hieraus für Amerika die Notwendigkeit eines gegen Deutschland gerichteten Friedens ergeben soll. Was hat das Ende des Krieges, in diesem Licht gesehen, mit dem Sieg der einen oder anderen Partei zu tun?

Was die angeblich jetzt so geringen Kriegsgewinne anbetrifft, so genügt wohl die eine Feststellung, daß als erste Folge der Wilson'schen Friedensnote aus Amerika ungeheure Kursstürze in Rüstungswerten, eine völlige Panik der Börse gemeldet wird. Selbst die „Kreuzzeitung“, die doch bei den Alldeutschen steht, gibt zu, daß der Friedensschluß die amerikanische Rüstungsindustrie schmerzhaft treffen würde.

bleibt also von der ganzen alldeutschen Argumentation die Errettung Englands aus stammesverwandter Sympathie vor einer schrecklichen Katastrophe. Um hieran festzuhalten, braucht man vor allen Dingen den Glauben an einen bei Fortführung des Krieges bevorstehenden völligen Ruin Englands. Dieser Glaube fehlt uns. So wenig wir eine Niederwerfung der Zentralmächte durch die Entente für möglich halten, so sehr halten wir es andererseits mit dem Worte Scheidemanns, daß nur ein Narr an solche Beendigung des Krieges glauben könne, bei der die eine Mächtegruppe der anderen ihren Willen diktiert.

Freilich gibt es ja bei uns noch solche Leute. Falls der Zeitungsbericht zutrifft, wonach der Alldeutsche Verband auf seiner Tagung in Stuttgart Calais und Marseille als deutsche Kriegsziele proklamiert hat (warum nicht gleich Paris und London?), so muß man allerdings bei einzelnen Leuten mit einer Gefühlsverfassung rechnen, welche für einen Politiker die allerschädlichste ist. Wir sehen wohl, daß England durch den Krieg bei weitem größere Schwierigkeiten erwachsen, als es selber in seinem Voranschlag eingestanden hat. Aber daraus auf einen baldigen Zusammenbruch zu schließen, halten wir für ebenso fehlerhaft wie das Gebahren jener feindlichen Politiker, die seit Jahr und Tag aus unseren Schwierigkeiten den deutschen Zusammenbruch prophezeien.

Vergessen wir eins nicht: Wie die alldeutschen Blätter bei uns, so tobt heute in England die deutschfeindliche Gekröse über Wilson. Die Alldeutschen sagen uns: „Das ist ein englisches Randver“, und die englische Gekröse schreibt: „Das deutsche Loben über Wilson ist nichts als eine Finte“. Wir aber sagen: Beide dienen nicht dem Frieden.

Wilson's Note aber dient ihm. Sie ist auf alle Fälle eine neue und wichtige Garantie dafür, daß das Verhandeln über den Frieden nicht mehr aufhören kann, daß es an Intensität und Bedeutung ständig gewinnen muß, daß die Friedensfrage eine immer konkretere Gestalt anzunehmen beginnt.

In Wilson's Note steht ein hoffnungsvolles Wort: „Der Frieden ist vielleicht näher, als wir glauben.“ Möchte es wahr sein! Jedenfalls ist der Frieden heute mehr als eine unbestimmte und vage Hoffnung. Einmal muß er werden. Heute aber sehen wir schon, wie er wird!

Der Wortlaut der Note.

Der amerikanische Geschäftsträger J. C. Grew hat am 21. Dezember abends dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes im Auftrage des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika eine Note überreicht, die in deutscher Uebersetzung wie folgt lautet:

Berlin, den 21. Dezember 1916.

Eurer Excellenz beehre ich mich mitzuteilen, daß der Präsident der Vereinigten Staaten mit Weisung gegeben hat, durch Vermittlung Eurer Excellenz bei der Kaiserlich Deutschen Regierung ein Verfahren mit Bezug auf den gegenwärtigen Krieg in Anregung zu

bringen. Der Präsident hofft, daß die Kaiserlich Deutsche Regierung es in Erwägung ziehen werde, als eine Anregung, die in freundschaftlicher Gesinnung

gemacht ist, und zwar nicht nur von einem Freunde, sondern zugleich von dem Vertreter einer neutralen Nation, deren Interessen durch den Krieg ernstlich in Mitleidenschaft gezogen worden sind und deren Interesse an einer baldigen Beendigung des Krieges sich daraus ergibt, daß sie offenkundig genötigt wäre, Bestimmungen über den bestmöglichen Schutz ihrer Interessen zu treffen, falls der Krieg fortbauern sollte.

Der Präsident hat sich schon lange mit dem Gedanken getragen, den Vorschlag, den ich Weisung habe zu übermitteln, zu machen. Er macht ihn im gegenwärtigen Augenblicke nicht ohne eine gewisse Bedenkenheit, weil es jetzt den Anschein erwecken könnte, als sei er angeregt von dem Wunsche, im Zusammenhang mit dem jüngsten

Vorschlag der Zentralmächte

eine Rolle zu spielen. Tatsächlich ist der ursprüngliche Gedanke des Präsidenten in keiner Weise auf diese Schritte zurückzuführen, und der Präsident hätte mit seinem Vorschlag gewartet, bis diese Vorschläge unabhängig davon beantwortet worden wären, wenn seine Anregung nicht auch die Frage des Friedens betrafte, die am besten im Zusammenhang mit anderen dahingehenden Vorschlägen erörtert wird. Der Präsident bittet nur, daß seine Anregung allein nach ihrem eigenen Werte und so beurteilt werde, als wäre sie unter anderen Verhältnissen gemacht worden.

Der Präsident regt an, daß baldigst Gelegenheit genommen werde, von allen jetzt kriegführenden Staaten ihre Ansichten über die Bedingungen zu erfahren, unter denen der Krieg zum Abschluß gebracht werden könnte und über die Vorbedingungen, die gegen die Wiederholung des Krieges oder die Entfaltung irgendeines ähnlichen Konflikts in der Zukunft zufriedensstellende Bürgschaft leisten könnten, so daß sich die Möglichkeit bietet, sie offen zu vergleichen. Dem Präsidenten ist die Wahl der zur Erreichung dieses Zieles geeigneten Mittel gleich. Er ist gerne bereit, zur Erreichung dieses Zweckes in jeder annehmbaren Weise seinerseits dienlich zu sein oder sogar die Initiative zu ergreifen; er wünscht jedoch nicht, die Art und Weise und die Mittel zu bestimmen. Jeder Weg wird ihm genehm sein, wenn nur das große Ziel, das er im Auge hat, erreicht wird.

Der Präsident nimmt sich die Freiheit, darauf hinzuweisen, daß die Ziele, die die Staatsmänner beider kriegführenden Parteien in diesem Kriege im Auge haben, dem Wesen nach die gleichen sind; sie haben sie ja in allgemeinen Worten ihren eigenen Völkern und der Welt kundgegeben. Beide Parteien wünschen für die Zukunft die Rechte und Freiheiten schwacher Völker und kleiner Staaten ebenso gegen Unterdrückung oder Verneinung gesichert zu sehen, wie die Rechte und Freiheiten der großen und mächtigen Staaten, die jetzt Krieg führen. Jeder wünscht sich neben allen anderen Nationen und Völkern in Zukunft gesichert zu sehen gegen die Wiederholung eines Krieges wie des gegenwärtigen sowie gegen Angriffe und eigennütziges Stören jeder Art. Jeder glaubt der Bildung weiterer gegnerischer Vereinigungen, die unter wachsendem Argwohn ein unsicheres Gleichgewicht der Mächte herbeiführen würde, mit Mißtrauen entgegensehen zu sollen. Aber jeder ist bereit, die Bildung einer

Liga von Nationen

in Erwägung zu ziehen, die den Frieden und die Gerechtigkeit in der ganzen Welt gewährleisten. Ehe jedoch dieser letzte Schritt getan werden kann, hält jede Partei es für notwendig, zunächst die mit dem gegenwärtigen Krieg verknüpften Fragen unter Bedingungen zu lösen, die die Unabhängigkeit, die territoriale Integrität sowie die politische und wirtschaftliche Freiheit der an dem Kriege beteiligten Nationen sicherlich gewährleisten.

Das Volk und die Regierung der Vereinigten Staaten haben an den Maßnahmen, die in der Zukunft den Frieden der Welt sicherstellen sollen, ein ebenso bringendes und unmittelbares Interesse, wie die jetzt im Kriege befindlichen Regierungen. Ihr Interesse an den Maßnahmen, die ergriffen werden sollen, um die kleineren und schwächeren Völker der Welt vor den Gefahren der Zuspaltung eines Unrechtes und der Vergewaltigung zu schützen, ist ebenso lebhaft und brennend, wie das irgendeines anderen Volkes oder einer anderen Regierung. Das amerikanische Volk und die Regierung sind bereit, ja, sie sehnen sich danach, nach Beendigung des Krieges bei der Erreichung dieses Zieles mit allem ihnen zu Gebote stehenden Einfluß und Mitteln mitzuwirken. Aber der Krieg muß erst beendet sein.

Die Vereinigten Staaten müssen es sich versagen, die Bedingungen vorzuschlagen, auf Grund deren der Krieg beendet werden soll. Aber der Präsident sieht es als sein Recht und als seine Pflicht an, das Interesse der Vereinigten Staaten an der Beendigung des Krieges darzutun, damit es nicht einst zu spät ist, die großen Ziele, die sich nach Beendigung des Krieges aufstellen, zu erreichen, damit nicht die Lage der neutralen Staaten, die jetzt schon äußerst schwer zu ertragen ist, ganz unerträglich wird und damit

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle über deren Raum 60 Bg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Bg., „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 30 Bg., (täglich 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Bg., Stellenangebote und Schlußstellenanzeigen das erste Wort 10 Bg., jedes weitere Wort 5 Bg., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

vor allem nicht die Zivilisation einen nicht zu rechtfertigenden und nicht wieder gut zu machenden Schaden erleidet.

Der Präsident fühlt sich daher durchaus gerechtfertigt, wenn er eine allbaldige Gelegenheit zu einem

Meinungsaustausch über die Bedingungen anregt, die den schließlichen Vereinbarungen für den Weltfrieden vorausgehen müssen, die jedermann wünscht und bei denen die neutralen Staaten ebenso wie die kriegsführenden bereit sind, in voll verantwortlicher Weise mitzuwirken. Wenn der Kampf bis zum unabsehbaren Ende durch langsame Ausreibung fortbauern soll, bis die eine oder die andere Gruppe der Kriegsführenden erschöpft ist, wenn Millionen und Abermillionen Menschenleben weiter geopfert werden sollen, bis auf der einen oder der anderen Seite nichts mehr zu opfern ist, wenn Erbitterung angefaßt werden soll, die niemals abkühlen kann, und Verzweiflung erzeugt wird, von der sich niemand erholen kann, dann werden die Hoffnungen auf Frieden und freiwilliges Zusammenarbeiten freier Völker null und nichtig.

Das Leben der ganzen Welt ist tief in Mitleidenschaft gezogen. Jeder Teil der großen Familie der Menschheit hat die Last und den Schrecken dieses noch nie dagewesenen Waffenganges gespürt. Keine Nation in der zivilisierten Welt kann tatsächlich als außerhalb seines Einflusses stehend oder als gegen seine störenden Wirkungen geschützt erachtet werden. Doch die konkreten Ziele, für die der Kampf geführt wird, sind niemals endgültig festgestellt worden.

Die Führer der verschiedenen kriegsführenden Mächte haben, wie gesagt, diese Ziele in allgemeinen Wendungen aufgestellt. Aber in allgemeinen Ausdrücken gehalten, scheinen sie die gleichen auf beiden Seiten. Bisher haben die verantwortlichen Wortführer auf beiden Seiten noch kein einzigesmal die genauen Ziele angegeben, die, wenn sie erreicht würden, sie und ihre Völker so zufriedenstellen würden, daß der Krieg nun auch wirklich zu Ende gesuchten wäre. Der Welt ist es überlassen zu vermuten, welche endgültigen Ergebnisse, welcher tatsächliche Austausch von Garantien, welche politischen oder territorialen Veränderungen oder Verschiebungen, ja selbst welches Stadium des militärischen Erfolges den Krieg zu Ende bringen würde.

Vielleicht ist der Friede näher als wir glauben. Vielleicht sind die Bedingungen, auf denen die beiden kriegsführenden Parteien es für nötig halten zu bestehen, nicht so unvereinbar, als manche fürchten; vielleicht könnte so ein Meinungsaustausch wenigstens den Weg zu einer Konferenz ebnen, vielleicht könnte so schon die nächste Zukunft auf ein dauerndes Einvernehmen der Nationen hoffen und sich ein Zusammengehen der Nationen alsbald verwirklichen.

Der Präsident schlägt keinen Frieden vor; er bietet nicht einmal seine Vermittlung an. Er regt nur an, daß man sondiere, damit die Neutralen und die kriegsführenden Staaten erfahren, wie nahe wohl das Ziel des Friedens sein mag, wonach die ganze Menschheit mit heißem und wachsendem Begehren sich sehnt. Der Präsident glaubt, daß der Geist, in dem er spricht, und die Ziele, die er erstrebt, von allen Beteiligten verstanden werden, und er hofft und vertraut auf eine Antwort, die ein neues Licht in die Angelegenheiten der Welt bringen wird.

Ich bemerke diesen Anlaß, Eure Erzellenz erneut meiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.
gez. G. r. e. w.

An Seine Erzellenz
Herrn Zimmermann,
Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Die gleiche Note ist an die Regierungen sämtlicher kriegsführenden Mächte gerichtet worden.

Eine Erklärung Lansing's.

Das Reutersche Bureau meldet vom gleichen Tage aus Washington:

Staatssekretär Lansing gab eine Erklärung ab, in der er mitteilte, die Note des Präsidenten Wilson sei nicht auf Grund materieller Interessen Amerikas abgefaßt worden, sondern weil die eigenen Rechte Amerikas durch die Kriegsführenden auf beiden Seiten mehr und mehr in Mitleidenschaft gezogen würden, so daß die Lage immer kritischer werde.

„Wir treiben selbst näher an den Rand des Krieges,“ sagte der Staatssekretär, „und deshalb haben wir ein Recht, zu erfahren, was die Kriegsführenden wollen, damit wir unsere zukünftige Haltung bestimmen können. Weder das deutsche Anerbieten, noch die Rede Lloyd Georges sind dabei in Rücksicht gezogen worden.“

Später gab Lansing nach einer Besprechung mit Wilson eine weitere Erklärung ab, mit der er, wie er sagte, über jeden Zweifel Klarheit stellte, daß in der Neutralitätspolitik der Vereinigten Staaten keine Änderung eingetreten sei.

Preßstimmen zu Wilsons Friedensnote.

Bisher liegen aus Deutschland nur die Stimmen der Berliner Abendblätter vor, die zum größten Teil den alldeutschen, extrem englandfeindlichen Standpunkt vertreten. Der Wortlaut der Note war ihnen erst auszugsweise bekannt. Wir geben nachstehend eine Wörtchenlese der alldeutschen Hornesausbrüche über Wilson.

„Berliner Neueste Nachrichten“:
„Apaga“ („pade dich“) — ist unser einziges Wort darauf.

In der „Deutschen Tageszeitung“ schreibt E. N. unter der Ueberschrift: „Die Vereinigten Staaten mischen sich ein“:

Man sieht, daß die Einwirkungsversuche, wie erwartet, in durchaus logischer Weise einsehen bzw. ihren Fortgang nehmen. Auch die wortreichsten Wendungen werden an diesen einfachen Zusammenhängen nichts ändern. Wir warten den Wortlaut der Wilsonschen Note im übrigen ab und stellen nur kurz fest, daß wieder, wie schon so oft, im Augenblicke, wo dem angeführtesten Bruder Schlimmes drohen könnte, mit unschätzbare Promptheit die Regierung zu Washington eingreift.

Die „Post“ (ff.) bringt nur die Telegramme, überschreibt diese aber ähnlich: „Wilson's Einmischung in die Friedensfrage.“

„Tägliche Rundschau“ (alldeutsch):
Wir erfahren also nunmehr den „amerikanischen Druck“, den wir am 12. Dezember voraussetzten. Werden wir uns durch ihn beirren lassen? Dann würde das amerikanische Stadium das traurigste des Krieges werden. Wir haben auf unser Friedensangebot eine glatte Ablehnung erhalten, wissen nunmehr, daß Frieden für uns nur unter Bedingungen zu haben ist, die unserer äußersten Demütigung und unserer Vernichtung gleichkommen.

In der „Vossischen Zeitung“ (freisinnig) verfißt Georg Bernhard seinen bekannten extrem englandfeindlichen Standpunkt:

Selten ist wohl mit gleicher Geschicklichkeit ein diplomatisches Räufenspiel eingefädelt und durchgeführt worden. Die Berat-

redung dazu rüht noch aus den Tagen von Asquith her, der gleichzeitig auch nach Berlin spähen spann. Deshalb durfte Asquith nicht bleiben. Ihm hätte niemand die starke Gebärde des Hornes gelauscht. Daher die angebl. Verschwörung gegen den Reichserzogen. Aus ihr ging Lloyd George, der Starke, hervor. Er tobte sofort, daß er sich niemandes Einmischung gefallen lassen werde. Und kaum ist Wilsons Friedensangebot bekannt geworden, da tönt auch schon im Chor der gutgeschulten englischen Presse die Klage gegen Wilson, daß er dem starken Wilson in den Arm fallen wolle. So ist alles herrlich vorbereitet, um den Frieden als einen Akt der Vergewaltigung aus den Händen Amerikas entgegenzunehmen.

Im allgemeinen besonnener, aber im Grundton gleichfalls ablehnend schreibt die konservative „Kreuzzeitung“:

Die Wilsonsche Note kommt also fast post festum. Wenn sie von der Vereinigung der Neutralen spricht, an den Friedensabmachungen vollen und verantwortlichen Anteil zu nehmen, so liegt darin trotz der Verwahrung Wilsons ein Vermittlungsangebot, für das er bei seinem bisherigen Verhalten zu der Gruppe der Mittelmächte wirklich nicht auf besonderes Entgegenkommen rechnen kann. Noch weniger haben wir einen Anlaß, Amerika unsere Friedensbedingungen mitzuteilen, damit es, wie Lansing wünscht, seine Politik danach einrichten kann. Sollte bei den guten Beziehungen Amerikas zum Verbände Wilsons Vorschlag dort aber auf größere Gegenliebe stoßen und der Verband seine Bedingungen bekanntgeben, so würde für uns kaum ein Bedenken vorliegen, diesem Beispiel zu folgen. Spielverderber wollen wir nicht sein.

Dagegen wird die Wilsonsche Note begrüßt von Theodor Wolff im „Berliner Tageblatt“ (linksliberal):

Den Schritt des Präsidenten Wilson heißen wir willkommen, wie jeden Schritt, der zur Herbeiführung des Friedens unternommen wird. Die Alldeutschen und die ihnen geistesverwandten Kreise und Personen mögen Herrn Wilson nicht sympathisch finden — ernsthaft politische Erwägung hat mit Sympathien oder Antipathien nichts zu tun. Ganz abgesehen davon, daß man ja wohl Herrn Wilson nicht nach den Vorschriften derjenigen, die einen Krieg mit Amerika herbeiwünschen, zu beurteilen braucht, würde sein denkwürdiger und seiner Verantwortung bewußter Politiker eine Friedensstunde nur deshalb zurückschicken, weil sie aus Washington kommt. Es handelt sich einzig und allein darum, zu prüfen, ob die Aktion, die Herr Wilson eingeleitet hat, zu einem profittischen Ergebnis, zur Andäunung einer Aussprache führen kann.

„Freisinnige Zeitung“ (fortschrittliche Volkspartei):

Selbstverständlich ist jeder neutrale Staat und jedes Oberhaupt eines Staates willkommen, das sich um einen Frieden bemüht, der die Gewäße der Dauer in sich trägt. Ja, es genügt schon, wenn er den zehlichen guten und unparteiischen Willen hat, dem ungeligen Blutvergießen gegenüber die Stimme der Vernunft und Menschlichkeit zu erheben, um sich die Dankbarkeit der zivilisierten Welt zu sichern. Hauptbedingung aber ist, daß er nicht Partei ist, nicht nach der einen, nicht nach der anderen Seite.

Das große Amerika ist eigentlich der geborene Vermittler. Amerika an der Spitze der übrigen neutralen Staaten hätte schon längst das Blutvergießen verringern, die vielfachen Krüche des Völkerechts, die durch das Verhalten der Gegner aufgetragenen Verschärfungen des Krieges zu Wasser, zu Lande und in der Luft mildern können, es hat seinen großen Einfluß nicht in diese Wagchale gelegt. Wenn Präsident Wilson in weiten Kreisen Deutschlands wenig beliebt ist, so ist es aber nicht deshalb, weil er jenes unterlassen hat, sondern weil Amerika bisher wenig von wahrer Neutralität gezeigt hat. Trotzdem halten wir es für selbstverständlich, daß die Wilsonsche Friedensanregung objektiv und unparteiisch geprüft wird.

Der Friedensstudien-Kongress in Zukunft unbehelligt.

In Bern tagte eine Versammlung des Schweizerischen Komitees des Internationalen Kongresses zum Studium der Grundlagen eines dauerhaften Friedens. In der Meldung der Schweizerischen Depeschagentur heißt es:

Seitdem verschiedene Staatsmänner die Neutralen direkt aufgefordert haben, auch während des Krieges eine zwischenstaatliche Organisation zum Gegenstand ihrer Studien zu machen, wird dem Berner Kongress in Zukunft keine Schwierigkeit erwachsen. Die Versammlung beschloß an der Resolution vom 18. November 1915 festzuhalten und den Kongress im geeigneten Augenblick im Verein mit dem Exekutiv-Komitee der Internationalen Zentralorganisation zusammenzurufen.

Holland gegen bewaffnete Handelsschiffe.

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ wendet sich gegen die Bemerkung Lord Robert Cecil's, daß er „einen unangenehmen Eindruck“ in England gemacht habe, daß Holland keine bewaffneten Handelsschiffe in seinen Häfen zulassen will. Das Blatt bemerkt, daß jene Bemerkung in Holland einen einigermaßen sonderbaren Eindruck machen müsse, da die Entscheidung der holländischen Regierung der englischen Regierung seit Jahr und Tag bekannt sei. Das Blatt erklärt diesen Entschluß der holländischen Regierung für völlig gerechtfertigt und durchaus im Einklang mit dem Völkerrecht. Das strenge Hafenregime, das sofort beim Ausbruch des Krieges in Holland eingeführt wurde, erkläre sich einfach aus der äußerst exponierten Lage des Landes.

Das neue Hafenregime wurde ausdrücklich mit Rücksicht auf die Möglichkeit eingeführt, daß die nach holländischen Häfen fahrenden britischen Handelsschiffe bewaffnet werden könnten. Das Blatt spricht die Erwartung aus, daß, falls die englische Regierung etwa einen Druck ausüben wollte, um das neue Hafenregime zu ändern, die holländische Regierung an ihrem Entschluß ebenso festhalten werde, wie sie es bei der Internierung der britischen und deutschen Unterseeboote getan habe, die in holländischen Gewässern betroffen worden seien.

„Der unerwartete Schritt Wilsons.“

Die sehr überraschte „Times“ speert sich.

Amsterdam, 21. Dezember. Nach einem hiesigen Blatt schreibt die Londoner „Times“ über die Note Wilsons, die Ententemächte würden sie zweifellos ebenso behandeln, wie Lincoln während des amerikanischen Bürgerkrieges alle Vorstellungen einer europäischen Vermittlung behandelt hatte. Die Alliierten könnten dem Plädoyer Wilsons kein Gehör schenken. Sie würden Wilson alle Höflichkeit erweisen, die er verdiene, aber er würde sie nicht verhindern können, die Freiheit der Völker zu verteidigen. „Times“ betont, daß der unerwartete Schritt Wilsons sehr überrascht habe, zumal, da die wichtigsten amerikanischen Zeitungen Lloyd Georges Ab-

lehmung der deutschen Vorschläge beifällig begrüßt hätten. Wilson scheine den besten Teil der amerikanischen öffentlichen Meinung nicht nach ihrem Wert zu würdigen.

Lloyd Georges Adjutant.

Bonar Law, der Schatzkanzler im neuen englischen Kabinett, hat sich im Unterhaus bemerkt, die Wirkung der deutschen Friedensnote abzuschwächen, indem er die während des Weltkrieges hundertmal gegen Deutschland abgeschossenen Anklagen der Entente abermals auf den Vogen legte. Er operierte wiederum ausgiebig mit dem belgischen Exempel, rief alle Neutralen an, beschwor sämtliche Schrecken der Kriegsgreuel und stempelte Deutschland als den schweren Weltverbrecher. Nach Neuter sei eine Stelle aus der Rede mitgeteilt. Bonar Law führte aus:

Deutschland machte Friedensvorschläge. Auf welcher Grundlage? Auf der Grundlage seiner siegreichen Armee. Was würde das für eine Lage sein, wenn der Friede zustande käme auf dieser Grundlage der siegreichen deutschen Armee. Gibt es irgend jemanden in diesem Hause, der nicht nur die Bedingungen, unter denen der Krieg der Welt aufgezogen wurde, sondern auch die Art und Weise, wie er geführt wurde, unparteiisch beurteilt und der ganz ehrlich glaubt, daß die Gefahren und das Elend, unter welchen die Welt leidet, durch etwas anderes geheilt werden können als dadurch, daß man die Deutschen zu der Erkenntnis bringt, daßurchbarkeit sich nicht bezahlt macht und daß Militarismus keine gute Herrschaft bedeutet. Wir kämpfen nicht um Gebiet oder um die größere Stärke eines Volkes. Wir kämpfen für zwei Dinge. Wir kämpfen jetzt für den Frieden, aber wir kämpfen auch für die Sicherheit der Friedenszeit, die kommen soll.

Als die deutschen Vorschläge uns vorgelegt wurden, so grüneten sie sich nicht allein auf die deutschen Siege, sondern sie erhoben auch den Anspruch, daß sie es aus Gründen der Menschlichkeit tun. Wollte das Haus bedenken, was dieser Krieg für Greuel in Belgien, für Greuel zur See und zu Lande mit sich brachte, was für Hinrichtungen von Menschen in Armenien, denen Deutschland hätte mit einem Worte Einhalt tun können. Lassen Sie uns in Rechnung ziehen, daß dieser Krieg vergeblich ausgefochten werden wird, wofür wir nicht Sicherheit dafür schaffen, daß es niemals wieder in der Macht eines einzelnen Mannes oder einer Gruppe von Leuten liegt, die Welt in das Elend des Krieges zu stürzen. Gibt es keine Wiederherstellung für geschickenes Unrecht? Soll der Friede kommen und das größte Verbrechen in der Geschichte der Welt ungepönt bleiben? Er sei sicher, daß das Land zu jedem Opfer bereit wäre, wenn es sich über die Lage klar werde.

Bonar Law's Ruf nach Sicherheit gegen die Macht einzelner oder einer Gruppe von Leuten ließe sich am besten durch obligatorische Schiedsgerichte befriedigen, zu deren Einführung eine jetzt zu berufende Friedenskonferenz verhelfen könnte. Aber Bonar Law hat nichts Derartiges im Sinn: er will den Krieg, der gewisse einzelne oder Gruppen von Leuten niederschlagen soll, damit andere in ihren Monopolprivilegien ungehindert weiter herrschen können.

Die englischen Liberalen und das Friedensangebot des Vierbundes.

Die telegraphischen Auszüge aus der liberalen englischen Presse leiden an Unvollständigkeit. So ist zwar bekannt, daß die „Westminster Gazette“ eine ernste Prüfung des deutschen Friedensangebotes fordert, nicht aber, daß sie darüber klagt, daß sich die Vereinigten Staaten nur an dem Schicksal Belgiens und Nordfrankreichs, nicht aber an dem des Balkans interessieren. „Und so fand denn in Washington das Gerücht Glauben, die Westmächte würden sich mit der Herausgabe der im Westen von Deutschland okkupierten Gebiete begnügen und den Mittelmächten im Osten und auf dem Balkan Handlungsfreiheit einräumen. Einer derartigen Auffassung muß entschieden entgegengetreten werden.“

Die „Daily News“ klagten besonders über die finanziellen Lasten, die England nicht auf unbestimmte Zeit tragen könne. Wir haben den von Generationen aufgehäuften Reichtum ausgeführt, um unseren und den Verpflichtungen unserer Verbündeten gerecht zu werden. Noch gelingt uns das, aber es gibt eine Grenze, und wenn diese erreicht wird, kann auch die weitest gehende Besteuerung und der lebhafteste Handelsverkehr die Kriegsmaschine nicht mehr im Gange halten.“ Diese vernünftige Betrachtung schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß Englands Hilfsmittel diejenigen des Feindes überdauern werden.

Der „Daily Chronicle“, der lange als Blatt Lloyd Georges galt und der sich eine traurige Berühmtheit durch seine berüchtigte Antwort auf das Angebot der Mittelmächte erworben hat, verläßt sich darauf, daß Deutschland von einer Hunger- und Bedrohungs- und erste Niederlagen im Jahre 1917 fürchte. Ein Mitteleuropa unter deutscher Führung würde der Welt in wenigen Tagen Deutschlands Willen diktieren können. Darauf folgen die bekannten Worte: „Was uns betrifft, so haben wir stets darauf bedungen und tun es noch immer, daß die preussische Militärmaschine entworfen wird, was die Uebergabe oder Vernichtung der Flotte und ebenso der gesamten Artillerie bedeutet.“

Am ruhigsten ist der „Manchester Guardian“, der einen Gedankenaustrausch zwischen den kriegsführenden Mächten verlangt und folgende Kriegsziele aufstellt: „Belgien muß nicht nur geräumt werden, sondern auch seine völlige Unabhängigkeit und Entschädigung für alles erlittene Unrecht erhalten. Serbien und Montenegro muß in gleicher Weise Gerechtigkeit widerfahren. Es ist an den Franzosen, zu erklären, ob sie auch das älteste Unrecht wieder gutgemacht sehen wollen. Rußland wird seine Ansprüche auf Polen darzulegen haben.“

Das Blatt verzichtet also auf die kategorische Forderung der Herausgabe Elsass-Lothringens, überläßt den Franzosen die Entscheidung dieser heißen Frage und schweigt von den Ansprüchen Rußlands auf Konstantinopel, die dieser Tage in der Duma mit soviel Tamtam ausgeschrien worden sind.

Vergewaltigung und kein Ende.

Wieder eine Anebelnote gegen Griechenland.

London, 22. Dezember. (W. T. B.) Wie das Reutersche Bureau erfährt, erwartet man, daß eine weitere Note der Alliierten an Griechenland heute der griechischen Regierung übergeben werde; es ist nicht sicher, ob sie eine Fristbestimmung enthalten werde. Die Hauptforderungen der Alliierten würden sein: Verhinderung von Versammlungen von Reservisten in Griechenland, Kontrolle über Post und Eisenbahn, Freilassung der verhafteten Benizelisten und Untersuchung wegen der Unruhen am 1. und 2. Dezember durch eine gemischte Kommission.

Von einer Aufhebung der Blockade, die von Griechenland mit dem Hinweis auf die Hemmung der Truppenverpflanzungen nach dem Peloponnes gefordert war, ist also in der neuen Note vermutlich nicht die Rede.

Die Entente-Diplomaten sind pessimistisch.

Rotterdam, 21. Dezember. (W. Z. B.) Laut dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet der Londoner „Daily Telegraph“ vom Montag aus dem Piräus, der Reservenbund und die Militärs suchten es dahin zu bringen, daß die griechische Regierung ihre Annahme des Ultimatums wieder zurücknehme. Die Lage scheint sich in einer Richtung zu ändern, wo die Behörden sie nicht mehr würden beherrschen können. Die Diplomaten der Ententemächte seien pessimistisch über die Aussichten.

Wolffs Bureau stellt dazu die Frage: Sollten Reuter und Savas, als sie die bedingungslose Unterwerfung Griechenlands meldeten, etwa einer Mystifikation zum Opfer gefallen sein?

Kriegskredit in Holland.

Haag, 22. Dezember. Die Zweite Kammer hat ohne Beratung und ohne Abstimmung den Gesetzentwurf über einen außerordentlichen Kriegskredit von 135 Millionen angenommen.

Belgische Arbeitslose in Deutschland.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt unter dieser Ueberschrift:

In der Entente-Prese und in den von unseren Gegnern bedienten Zeitungen des neutralen Auslands sucht man immer wieder den Anschein zu erwecken, als würde bei der Auswahl der für die Wegführung nach Deutschland in Betracht kommenden belgischen Arbeitslosen rücksichtslos verfahren. Es ist ja bei einer so einschneidenden und umfassenden Maßregel nicht zu vermeiden, daß gelegentlich ein Irrtum mit unterläuft. Aber die zuständige Behörde hat es sich zur Pflicht gemacht, alle Reklamationen eingehend und auf das Gewissenhafteste zu prüfen. Allen nur irgend als berechtigt anzuerkennenden Reklamationen wird Folge gegeben und die in Betracht kommenden Personen sind ohne Ausnahme unverzüglich und mit der ihnen nach Lage ihres Falles gebührenden Rücksicht nach Belgien zurückbefördert worden.

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 21. Dezember. (W. Z. B.) Bericht des Generalstabes. Mazedonische Front. In der Gegend von Vitolia bereinigtes feindliches Artilleriefeuer. Im Cernabogen heftiges Artilleriefeuer. Ein Angriff des Feindes auf die Höhe östlich von Punkt 1050 wurde durch deutsche Truppen mittels Sperrfeuer und Handgranaten zurückgewiesen. Westlich der Cerna lebhaftes Artilleriefeuer. In beiden Seiten des Barbar und an der Belasizafront vereinzelt Artilleriefeuer des Feindes. An der Struma Artillerietätigkeit und Patrouillengefechte. Feindliche Infanterieabteilungen versuchten, sich südlich von Serres festzusetzen, wurden aber durch Feuer zerstört.

Rumänische Front. In der Dobrudscha ist es auf der ganzen Front zu Erkundungskämpfen gekommen. In der östlichen Walachei nichts Neues.

Der russische Heeresbericht vom 20. Dezember meldet von der rumänischen Front: Austausch von Artillerie- und Gewehrfeuer. In der Richtung Rymnicul-Vuzeu gelungene Tätigkeit unserer Aufklärungsabteilungen. Auf dem linken Ufer der Donau wurden in der Gegend des Dorfes Rixita Angriffe des Feindes zurückgeschlagen. Scharmützel vorgeschobener Abteilungen, die auf unserem rechten Flügel in der Gegend des Dorfes Cerna und im Centrum in der Gegend des Dorfes Atmirea lebhafter waren. — Schwarze Meer: Am 16. Dezember warf ein Wasserflugzeug des Feindes, das von einem Kampfflugzeug begleitet wurde, erfolglos Bomben auf Sulina. Das Kampfflugzeug wurde durch unseren Jäger Magozine abgeschossen und fiel ins Meer, aber bei dem stürmischen Wetter gelang es uns nicht, es zu erbeuten. (W. Z. B.)

Der türkische Kriegsbericht.

Konstantinopel, 20. Dezember. (W. Z. B.) Heeresbericht vom 19. Dezember.

Im Hedschas sind die Aufständischen an der Küste von Elm u Barel gestreut und in die Flucht geschlagen worden; sie flohen nach Jendub el Bahre.

Unsere Truppen in der Dobrudscha haben abermals über 100 Gefangene gemacht.

An den anderen Fronten kein Ereignis von Bedeutung. Der Osmanische Stellvertretende Oberbefehlshaber.

Konstantinopel, 21. Dezember. (W. Z. B.) Amtlicher Heeresbericht.

Tigrisfront. Am 20. Dezember warfen wir durch unser Feuer feindliche Kavallerie zurück, die versuchte, gegen Kut el Amara vorzurücken. Einer unserer Jäger zwang ein feindliches Flugzeug, in der Nähe seiner eigenen Linien zu landen. Am Gestade des Wanjess warfen wir einen Angriff des Feindes mit Verlusten für ihn zurück.

Auf den anderen Fronten kein wichtiges Ereignis. Der Stellvertretende Oberbefehlshaber.

Englischer Heeresbericht aus Mesopotamien vom 21. Dezember. (W. Z. B.) Westlich von Schamran am Anie des Tigris wurden am 20. Dezember von englischer Seite Erkundungen vorgenommen. In den letzten Tagen wurden die feindlichen Stellungen bei Sannawat und Kut el Amara sowie der Schiffsweg des Feindes westlich davon mit befriedigendem Ergebnis beschossen. Die Brücke über den Daisfluß nahe seiner Mündung in den Tigris ist durch unser Feuer zerstört worden.

Die feindlichen Heeresberichte.

Französischer Bericht vom 21. Dezember nachmittags. Verhältnismäßig ruhige Nacht auf der ganzen Front.

Flugwesen. An der Somme-Front wurden vier feindliche Flugzeuge von unseren Jägern abgeschossen, das erste bei Manancourt, das zweite in unseren Linien in der Umgegend von Clercy, das dritte 400 Meter vom Devise und das letzte südlich von Roje le Grand. Dieses ist durch Kugelfeuer abgeschossen worden, wodurch die Zahl der von ihm abgeschossenen feindlichen Apparate auf 21 gebracht wird. Einer unserer Jäger stieß bei Verfolgung einer deutschen Maschine mit seinem Gegner zusammen; die beiden Apparate zerfielen am Boden. Am 20. Dezember wurden 40 Geschosse auf den Bahnhof von Amisch abgeworfen. Am Abend des 20. Dezember warfen vier unserer Flugzeuge 420 Kilogramm Ge-

Fortschritte der Dobrudscha-Armee — Russischer Nachtangriff im Trotsch-Gebiet — Deutscher Vorstoß bei Zalosce, russischer südöstlich Riga.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 22. Dezember 1916. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nähe der Küste, im Somme-Gebiet und auf dem Ostufer der Maas war die Artillerietätigkeit in den Nachmittagsstunden gesteigert.

An der Yser wurde ein belgischer Posten aufgehoben.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Längs der Düna und am Stodoh hielt das russische Artilleriefeuer längere Zeit an. Der Vorstoß von zwei feindlichen Kompagnien südöstlich von Riga wurde abgewiesen.

Nordwestlich von Zalosce drangen deutsche Stoßtruppen in die beiden vorderen Stellungen der Russen und in das Dorf Zwyzyn ein und kehrten nach Sprengung von vier Minenwerfern mit 34 Gefangenen und zwei Maschinengewehren zurück.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph.

Ein Nachtangriff des Gegners am Gsuelemer (nördlich des Trotsch-Tales) scheiterte.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

In der Großen Walachei hat sich die Lage nicht geändert.

Die Dobrudscha-Armee machte Fortschritte und nahm den Russen 900 Gefangene ab.

Mazedonische Front.

An der Struma Patrouillengeplänkel.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 22. Dezember. (W. Z. B.) Von keiner Front sind bisher besondere Ereignisse gemeldet.

Der österreichische Bericht.

Wien, 22. Dezember 1916. (W. Z. B.) Amtlich wird verlautbart:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Keine Ereignisse von Belang.

Heeresfront des Generalobersten Erzherzog Joseph.

Weiderseits des Trotsch-Tales erfolglose feindliche Unternehmungen.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Deutsche Truppen stießen durch zwei feindliche Stellungen bis Zwyzyn vor und kehrten mit Beute und Gefangenen zurück.

Italienischer und Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine wesentlichen Ereignisse.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes. v. Hoefer, Feldmarschallentant.

schoffe auf die Bahnhöfe von Vriculles-sur-Meuse, Charleville, Metz und Suoy ab. Am gleichen Abend warfen elf Flugzeuge 47 12-Zentimeter-Geschosse auf den Bahnhof und die Barackenlager von Rebles, auf Lagerplätze und auf Transporte, die sich auf dem Marais befanden, ab.

Orientalarmee. Am 20. Dezember ununterbrochener Artilleriekampf auf der Strumafont und im Abschnitt von Babadag; heftiger in der Gegend der Höhe 1050. Regen und Schnee wüthen an der mazedonischen Front weiter.

Bericht vom 21. Dezember abends. Der Feind hat unsere Linien im Abschnitt von Louvemont und Baux heftig beschossen; unsere Artillerie hat geantwortet. Andere ziemlich lebhaftes Geschützgefecht haben an verschiedenen Stellen der Front stattgefunden; bei einem davon zwischen Verzy-au-Bac und Reims ist ein feindlicher Gasapparat durch unser Feuer zerstört worden.

Belgischer Bericht. Weiderseits lebhaftes Artillerietätigkeit in der Gegend von Dignimont, Scaenstraete und Boesinghe.

Englischer Bericht vom 21. Dezember. Gestern abend kam eine starke feindliche Abteilung an unsere Linien gegenüber Lens. Nur wenig gelang es, unsere Gräben zu erreichen, und diese wurden unmittelbar wieder hinausgeworfen. Wir führten einen erfolgreichen Angriff auf die feindlichen Schützengräben südwestlich von Armentières aus. — Bei dem gestern gemeldeten Angriff nördlich von Atracht (Aras) haben wir mehr als fünfzig Gefangene gemacht.

Russischer Bericht vom 20. Dezember. Westfront. In der Gegend südwestlich von Brody griff der Feind nach Feuer mit schwerer Artillerie, welches eine halbe Stunde dauerte, unsere Gräben bei dem Dorfe Panikowica in Kolonnen an, aber unser Feuer jagte ihn in die Ausgangsgräben zurück. Ein erneuter Versuch, unsere Abteilungen anzugreifen, hatte ebenfalls keinen Erfolg. An der Wistryca in der Gegend von Jezupol, Sielec und Str. Bohorodezjan kamen unsere Aufklärer durch die Drahtverkäufe, griffen Posten des Feindes an und drangen in das letztgenannte Dorf ein. Der Feind floh, nachdem er einige tote verloren hatte, in Unordnung und ließ einige Gefangene in unseren Händen. In den Waldkarpathen führten unsere starken Erkundungsabteilungen Aufklärungen in der Gegend westlich und südlich des Berges Botojul (acht Kilometer südöstlich Kirlibaba) aus.

Der Seekrieg.

Wachsende U-Bootbeute.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ sagt unter dieser Ueberschrift:

„Unsere Feinde haben mehrfach versichert, der U-Bootkrieg Deutschlands habe das Höchstmah seiner Leistungen be-

reits erreicht, von nun an würden die getroffenen Abwehrmaßnahmen die Tätigkeit der deutschen Unterseeboote wenn nicht völlig lahmlegen, so doch bedeutend einengen und erschweren. Davon ist bis jetzt jedoch nichts zu merken, ganz im Gegenteil sind innerhalb der letzten 24 Stunden nicht weniger als 16 Schiffe mit über 22000 Tonnen versenkt worden, darunter 10 feindliche. Die Zusammenzählung unserer U-Bootbeute in den letzten Wochen wird noch deutlicher erkennen lassen, daß die deutschen U-Boote die See beherrschen, nicht aber die britische Flotte.“

Versenkt. Lloyd's meldet: Die englischen Dampfer „Bah-hall“ und „Liverpool“, die zwei dänischen Dampfer „Chaffie Maersk“ (1307 Tonnen) und „Gerda“ (775 Tonnen) wurden versenkt. Der norwegische Dampfer „Rödig“ stieß auf eine Mine und sank; die Mannschaft wurde gerettet. Der norwegische Dampfer „Falk“ soll versenkt worden sein. Ein schwedischer Dampfer hat nach Frederikstad signalisiert, er habe die norwegische Bark „Ansgar“ (926 Brutto-Register-Tonnen) brennend in der Nordsee gesichtet und die Besatzung gerettet. „Ansgar“ war von Röh nach England mit Grubenholz unterwegs.

Kleine Kriegsnachrichten.

Die Gener. Römische Hochschule. Brüssel, 20. Dezember. (W. Z. B.) Die von belgischen Flüchtlingsblättern verbreitete Nachricht, die Gener. Römische Hochschule sei aus militärischen Gründen durch die Etappenbehörde geschlossen worden, ist falsch. Vielmehr nehmen die Vorlesungen der Hochschule ihren regelrechten Fortgang. Die Anzahl der Studenten ist im ständigen Wachsen begriffen und hat das erste Hundert längst überschritten. Da im Frieden die Zahl der inländischen Studenten, die Ballonen einbegriffen, an der Universität etwa 400 betrug, so ist der Stand durchaus zufriedenstellend.

Flemmings Friedenskarten. Der Verlag Carl Flemming in Berlin-Blogau beginnt eine Ausgabe von Friedenskarten mit drei unter dem Titel „Politisch-geographische Grundlagen Europas für Friedensbetrachtungen“ zusammengefaßte Karten, die den gegenwärtigen Kriegszustand nach Landverlust und Landgewinnung, dann die Veränderungen der europäischen Staatsengrenzen in den letzten Jahrhunderten, endlich die Verteilung der Völkerverhältnisse in Europa gut übersichtlich darstellen. Die drei in weitem Maßstabe gehaltenen Karten kosten zusammen 2 M. Prof. J. J. Kettler hat sie bearbeitet.

Letzte Nachrichten.

Die englische Presse und Wilsons Note.

Haag, 22. Dezember. (W. Z. B.) „Nieuwe Courant“ schreibt: Wilsons Note ist in der Form sehr korrekt und, was den Inhalt betrifft, sehr objektiv. Man kann Wilson und seinem Kabinett unmöglich Sympathie für die eine oder die andere Seite andichten. Trotzdem mehren sich die Anzeichen, daß die englische Presse Wilson aufs entschiedenste entgegentritt und sein Eingreifen verdächtigt. Sie weist Wilsons Vermittlung mit ungewöhnlicher Schärfe ab, jedoch wäre es verfehlt, alle Hoffnung aufzugeben und zu erklären, daß die verständige Tat des Präsidenten erfolglos bleiben müsse.

Das „einzige Streben“ — die „heilige Sache“.

Die Thronrede, mit der das englische Parlament gestern vertrat wurde, ist natürlich eine Kriegsrede im Sinne Lloyd Georges. Es heißt in der Rede nach Meldung Reuters:

„Ich habe die Zuversicht, daß der lange Kampf und ihre Anstrengungen, die durch die unheugame Entschlossenheit all meiner Untertanen in dem ganzen Reiche unterstützt worden sind, schließlich die siegreiche Verwirklichung der Ziele erreichen werden, für die ich in diesem Krieg gegangen bin.“

„Eine energische Fortsetzung des Krieges muß unser einziges Streben sein, bis wir die Rechte, die unsere Feinde so rücksichtslos verlegt haben, wiederhergestellt und die Sicherheit Europas auf feste Grundlagen gestellt haben. In dieser heiligen Sache fühle ich mich der einmütigen Unterstützung aller meiner Völker sicher, und ich bete zu dem allmächtigen Gott, daß er uns seinen Segen gebe.“

Das Parlament wurde bis auf den 7. Februar vertagt.

Die Bewaffnung von Handelsschiffen.

London, 22. Dezember. (Reutersmeldung.) Unterhaud. Marineminister Carson erwiderte auf Anfragen des Abgeordneten Pevo, die Regierung könne keinen Unterschied zwischen den Rechten unbewaffneter Handelsschiffe und solchen anerkennen, die zu Verteidigungszwecken bewaffnet seien. Die deutsche Regierung verfolge zweifellos das Ziel, die Begriffe des offenen und des besetzten Vorgehens zu verwirren, um die Neutralen dazu zu bringen, zu Verteidigungszwecken bewaffnete Schiffe als Kriegsschiffe zu behandeln. Die Stellung Englands sei vollkommen klar, nämlich daß Handelsschiffe seit undenklichen Zeiten das Recht besaßen hätten, sich gegen Angriffe, Verleiden oder Durchsuchung von Seiten des Feindes mit allen Mitteln, die sie hätten, zu widersetzen, doch dürften sie den Feind zum Angriff nicht aufsuchen, da dies den dazu bestimmten Kriegsschiffen vorbehalten sei. Soweit er unterrichtet sei, teilten alle neutralen Mächte ohne Ausnahme diese Ansicht, die auch in den Preisvorschriften der Deutschen selbst klar angedeutet sei. Die beteiligten Regierungsdämter widmeten der Frage der Bewaffnung zu Verteidigungszwecken in Theorie und Praxis fortwährend ihre Aufmerksamkeit.

U-Boote bei Genua.

Bern, 22. Dezember. Nach einer Meldung des „Welt Journal“ aus Genua wurden in den letzten Tagen zwischen Genua, Nervi und Arenzano zwei U-Boote bemerkt. Der Ueberseebdampfer „Principe Tommaso“ wurde versenkt. Nach einer Meldung desselben Blattes aus Cherbourg wurde die Golette „Alerie“ versenkt. Die Besatzung durch den Dampfer „Tajo“ gerettet, der jedoch im Nebel bei Cap Levi scheiterte.

Schiffsuntergang.

Amsterdam, 22. Dezember. (W. Z. B.) Ein heftiges Watt meldet aus Batavia, daß die Besatzung des holländischen Schiffes „van Aisbroek“ ertrunken ist. Das Schiff (1022 Tonnen) scheint untergegangen zu sein.

Die Unterschlagungen beim Schaaffhausenschen Bankverein.

Wien, 22. Dezember. (W. Z. B.) In dem heute noch fünf-tägiger Verhandlungsdauer zu Ende gegangenen Prozeß wegen Unterschlagungen beim Schaaffhausenschen Bankverein wurde heute das Urteil gesprochen. Es lautete gegen die Angeklagten August Ehmann und Johannes Dür auf dreieinhalb bzw. fünf Jahre Gefängnis und je fünf Jahre Ehrverlust, und gegen den Angeklagten Karl Samlowski auf fünfzehn Monate Gefängnis wegen Beihilfe. Der Vater Samlowskis sowie Frau Ehmann wurden freigesprochen. Das Gericht hatte die Höhe der Unterschlagungen auf 2 600 000 M. angenommen.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Dreißig Jahre Zimmererverband.

Der Krieg hat den Aufgabenkreis der Gewerkschaften wesentlich erweitert und ihnen Arbeitsgebiete zugewiesen, auf denen sie bislang noch nicht Gelegenheit hatten, sich zu betätigen. Gleichwohl haben sie sich überaus schnell in einer auch für sie gänzlich neuen Situation zurechtgefunden, mit Umsicht und Geschick die mannigfachen Aufgaben, die der Krieg gebot, angegriffen und an ihrer Lösung nach Kräften mitgewirkt. Daß die Gewerkschaften daneben ihre speziellen Aufgaben nicht aus dem Auge verloren; das ist die Wahrung und Verbesserung der beruflich-wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder, beweisen die zahlreichen und mit Erfolg durchgeführten Teuerungszulagebewegungen. Damit war natürlich ihre Tätigkeit keineswegs erschöpft, denn ihr Arbeitsgebiet ist ein außerordentlich reiches. Zu einer für die Gewerkschaften unentbehrlichen Einrichtung gehört insbesondere die Statistik, deren Pflege und Förderung selbst während des Krieges unerlässlich ist; denn die Statistik vermittelt die klare Einsicht in das, was ist, und diese Einsicht ist erste Vorbedingung erfolgreicher gewerkschaftlicher Arbeit.

Eine wertvolle Bereicherung gewerkschaftsstatistischer Arbeiten sind die kürzlich vom Zentralverband der Zimmerer Deutschlands herausgegebenen „Feststellungen über Arbeitszeit und Löhne sowie Mitgliederzahl des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands von 1885 bis 1915“. Diese Schrift führt uns zurück bis in die Mitte der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts; in die Geburts- und ersten Lebensjahre sehr vieler unserer heutigen Zentralverbände. Damals lastete noch das Ausnahmegesetz auf den deutschen Arbeitern. Die geringsten Fortschritte erforderten unendliche Mühe. Die gewerkschaftlichen Organisationen waren schwach, der Widerstand ihrer Gegner tiefengroß. Und doch haben die Gewerkschaften sich gegen diesen ungeheuren Widerstand durchzusetzen vermocht. Zwar waren ihre Erfolge anfangs nur bescheiden, aber sie wuchsen mit dem allmählichen Erlernen der Gewerkschaften. Das zeigt uns auch die vorliegende Schrift des Zimmererverbandes, die für 1034 Orte, in denen während der dreißig Jahre eine Zahlstelle des Verbandes bestanden hat oder noch besteht, nachweise erbringt über die durchschnittlichen Mitgliederzahlen, die täglichen Arbeitszeiten und die Stundenlöhne. Das Jahr 1888 war das Gründungsjahr des Verbandes. Sein Mitgliederbestand betrug im Jahre 1888 ganze 3434. In den folgenden fünf Jahren bis 1890 hatte sich die Zahl bereits mehr als verdreifacht. Auf der ersten Hälfte der neunziger Jahre lastete besonders eine schwere Wirtschaftskrise, der fast alle Gewerkschaften ihren Tribut zahlen mußten. Auch der Zimmererverband erlitt eine Missernte. Der um das Jahr 1895 einkommende wirtschaftliche Aufschwung belebte die gewerkschaftliche Agitation. Für das Jahr 1900 weist der Zimmererverband 23 006 Mitglieder auf, und fünf Jahre später war die Mitgliederzahl auf 42 275 angewachsen. In diesem Jahrfrükt hatte der Verband seine organisatorischen Einrichtungen wesentlich ausgebaut, die Gaueninteilung getroffen und die Anstellung von Gauleitern vollzogen. Das nächste Jahrfrükt läßt die Mitgliederzahl auf 65 028 ansteigen, und das letzte Friedensjahr 1913 schließt mit einem durchschnittlichen Bestand von 62 348 ab. Die Jahre 1914 und 1915 lassen die Spuren des Krieges erkennen, wie der Rückgang auf 48 363 resp. 22 916 beweist.

Das Wachstum des Verbandes ist nicht ohne Einfluß geblieben auf die Stundenlöhne im Beruf. Es sind ganz beachtliche Lohnsteigerungen festzustellen. So stieg der Stundenlohn für Zimmerer in Königsberg i. Pr. von 26 Pf. im Jahre 1885 auf 71 Pf. im Jahre 1915, in Marienburg in dem gleichen Zeitraum von 20 auf 56, in Berlin von 42 $\frac{1}{2}$ auf 84, in Stettin von 30 auf 65, in Bromberg von 25 auf 57, in Breslau von 28 auf 65, in Magdeburg von 27 auf 65, in Kiel von 36 auf 80, in Hannover von 29 auf 73, in Pommern von 30 auf 64, in Kassel von 19 auf 65, in Köln von 30 auf 76, in Nürnberg von 23 auf 68, in Stuttgart von 25 auf 68, in Mannheim von 25 auf 72, in Hamburg von 50 auf 90 Pf. usw. Der durchschnittliche Stundenlohn stieg von 32,88 Pf. im Jahre 1885 auf 84,21 Pf. im Jahre 1915; er erhöhte sich somit um beinahe 100 Proz. Nicht in allen Zahlstellen ist dieser Durchschnitt erreicht; andere Zahlstellen wieder geben darüber hinaus. So wird für 88 Orte, in denen seit 1885 eine Verbandszahlstelle besteht, eine durchschnittliche Steigerung des Stundenlohnes um rund 127 Proz. nachgewiesen. Nicht in dem gleichen Maße, wie die Löhne gestiegen sind, dürfte allerdings die Lebenshaltung der Zimmerer eine bessere geworden sein. Die Preise für Lebensmittel sowie für die allernotwendigsten Bedarfsartikel sind seit der Zeit erheblich gestiegen, und auch die Wohnungsmieten sind teurer geworden. Das kann aber die gewerkschaftliche Tätigkeit auf dem Gebiete der Verbesserung der Löhne und Arbeitsverhältnisse auf keinen Fall verkleinern.

Neben der Erhöhung der Löhne steht auch die Verkürzung der Arbeitszeit. Auch hier war die Tätigkeit des Verbandes von reichem Erfolge begleitet. In den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts gehörte eine tägliche Arbeitszeit von 12 Stunden durchaus nicht zu den Ausnahmen, während die 11stündige Arbeitszeit noch sehr stark vertreten war. 1915 war in keiner Zahlstelle des Verbandes die tarifliche Arbeitszeit länger als 10 Stunden, in sehr vielen Zahlstellen beträgt sie jetzt 9 $\frac{1}{2}$ und 9 Stunden. In den 80 Jahren, über die berichtet wird, wurde die tägliche Arbeitszeit verkürzt in Marienburg von 12 auf 10, in Bromberg und Pommern von 11 auf 10, in Königsberg i. Pr., Breslau, Magdeburg, Kassel, Nürnberg, Stuttgart und Mannheim von 11 auf 9 $\frac{1}{2}$, in Hannover und Köln von 10 $\frac{1}{2}$ auf 9 $\frac{1}{2}$, in Berlin, Kiel und Hamburg von 10 auf 9 Stunden usw. 1885 war für 46 Proz. des Mitgliederbestandes die tägliche Arbeitszeit noch länger als 10 Stunden, während für 54 Proz. die 10stündige Arbeitszeit bestand. 1915 hatten rund 44 Proz. des Mitgliederbestandes den Zehnstundentag und für 56 Proz. war die tägliche Arbeitszeit kürzer als 10 Stunden. Wenn diese Erfolge nicht völlig befriedigen, so ist das dem starken Widerstand verschuldet, den das organisierte Unternehmertum des Baugewerbes besonders der Arbeitszeitverkürzung entgegensetzt hat. Einst gab es die Parole aus, daß die tägliche Arbeitszeit im Baugewerbe nicht unter 10 Stunden verkürzt werden dürfe. Davon ist heute nicht mehr die Rede, wohl aber soll heute die 11stündige tägliche Arbeitszeit die äußerste Grenze nach unten bilden. Das wird so lange zutreffen, bis die Organisationen der baugewerblichen Arbeiter auch diesen Ball durchstoßen haben. Wann das geschehen wird, hängt davon ab, in welchem Maße nach dem Kriege die organisierten Arbeiter des Baugewerbes ihre Kraft für die Arbeitszeitverkürzung einsetzen werden.

Aus dem reichhaltigen Tabellenwerk, das die Schrift des Zimmererverbandes enthält, sind die hier erwähnten Angaben nur ein knapper Auszug. Ihr Inhalt folgt zahlenmäßig das Ergebnis einer 30jährigen, unendlich mühevollen Gewerkschaftsarbeit zusammen und stellt zugleich den Erfolg zahlreicher, ebenso hartnäckiger wie langwieriger Gewerkschaftskämpfe dar.

Berlin und Umgegend.

Teuerungszulage für die Arbeiter in den städtischen Gas- und Elektrizitätswerken.

Für die in den genannten Berliner Betrieben (Zinnen- und Augenbetriebe) beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen wurde zu den bisherigen Bezügen eine weitere Zulage in der Weise gewährt, daß an alle männlichen Arbeiter über 18 Jahre 10 Pf. pro Stunde und die Arbeiter unter 18 Jahren sowie die Frauen 5 Pf. pro Stunde mit rückwirkender Kraft ab 15. November zur Auszahlung gelangen.

Für die Elektrizitätswerke ist insofern eine Sonderregelung getroffen worden, indem dort nur den Schwerarbeitern 10 Pf., den übrigen aber nur 7 $\frac{1}{2}$ Pf. pro Stunde gewährt wird.

Die vom Magistrat und den Stadterordneten bewilligten allgemeinen Teuerungszulagen (Jugendliche 12-18 M., Verheiratete 25 M. und für jedes Kind unter 18 Jahren 5 M. pro Monat) kommen für die Gas- und Elektrizitätswerke nicht in Frage.

In Neulißn hat die vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter geleitete Lohnbewegung der städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen zu einem nach Lage der Sache annehmbaren Ergebnis geführt. Die Kriegsnachtskommission hat beschlossen, daß alle Arbeiter und Arbeiterinnen zu ihren bisherigen Bezügen eine besondere Zulage in Höhe von 75 Pf. pro Tag mit rückwirkender Kraft ab 1. Dezember ausgezahlt erhalten. Für die nebenbei beschäftigten (halbbeschäftigten) Reinigungsfrauen der Schulen usw. wurde eine Teuerungszulage in Höhe von 15 Proz. des Lohnes bewilligt.

Die Teuerungszulage beträgt nunmehr insgesamt für die ledigen Vollarbeiter 1,25 M. und für die verheirateten 1,85 M. täglich, außerdem werden für jedes Kind unter 16 Jahren täglich 20 Pf. Kinderzulage gezahlt.

Aus dem Kriegsausschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins.

Der Einrichter A. von der Firma L. u. Co. will einen Kriegsschein, weil ihm ein Paar Stiefel aus der Garderobe gestohlen sind. Der Kriegsausschuß stellt sich auf den Standpunkt, daß dieser Grund keinen Anspruch auf einen Kriegsschein zuläßt. Wenn der Einrichter glaubt, daß die Firma ihm für die gestohlenen Stiefel ersatzpflichtig ist, muß er die Firma verklagen.

Der Werkzeugmacher G. von der Firma A. will einen Kriegsschein, weil er zu wenig Lohn erhält. Er erhält 1,40 M. Stundenlohn. Da dieser Satz dem zurzeit üblichen Verdienst für Werkzeugmacher nicht entspricht, die Firma aber ablehnt, mehr Lohn zu zahlen, bekommt der Werkzeugmacher den Kriegsschein.

Der Mechaniker B. von der Firma M. u. G. will einen Kriegsschein, weil der Verdienst zu niedrig ist. Da B. Versuche ausarbeitet und infolgedessen nur im Lohn beschäftigt wird, kommt eine Verständigung dahin zustande, daß B. in eine andere Abteilung kommt, wo Arbeit geordert wird und der Verdienst ein nennenswert höherer ist. Damit ist die Angelegenheit erledigt.

Der Kundendienst D. von der Firma C. u. S. will einen Kriegsschein, weil ihm die Arbeit zu schwer ist. D. weist nach, daß er kränzlich und teilweise nicht in der Lage ist, schwere Arbeit verrichten zu können. Der Vertreter der Firma sagt zu, daß D. nur leichte Arbeit erhalten soll. Damit ist die Sache erledigt.

Der Schlosser H. von der Firma St. u. R. will einen Kriegsschein, weil er als kränklicher Mann schwere Arbeit nicht leisten kann. Es wird dem Schlosser aufgegeben, ein Attest beizubringen, und wenn dieses Attest seine Angaben bestätigt, erhält er den Kriegsschein.

Der Schlosser A. von der Firma A. E. G. in S. ist als Maschinenschlosser reklamiert, wird aber als Reparaturschlosser beschäftigt. Die Bekwerde des Schlossers A. wird als berechtigt anerkannt. Der Vertreter der Firma erklärt, daß A. in spätestens 14 Tagen seinem Wunsch gemäß in einer Kolonne als Maschinenschlosser beschäftigt wird. Damit ist die Angelegenheit geregelt.

Der Dreher D. von der Firma B. will einen Kriegsschein; er erhalte zu wenig Lohn. Da jedoch bei derselben Arbeit andere Dreher erheblich mehr verdienen, wird der Kriegsschein abgelehnt, da augenscheinlich der geringere Verdienst nicht an den Preisen liegt, sondern daran, daß D. sich noch nicht eingearbeitet hat.

Drei Dreher der Firma Schw. M. sind seinerzeit von der Firma reklamiert. Es ist ihnen ein Verdienst von einer Mark und 45 Proz. Teuerungszulage zugesagt worden. Diese 45 Proz. Teuerungszulage sind später auf 60 Proz. erhöht, so daß der Stundenverdienst der Dreher zurzeit mindestens 1,60 M. betragen muß. Da jedoch mehrfach weniger verdient ist, verlangen die Dreher den Kriegsschein, weil die Firma ihr Versprechen nicht gehalten habe. Es wird der Firma aufgegeben, dafür zu sorgen, daß die Dreher bei jeder Arbeit mindestens 1 M. plus 60 Proz. Teuerungszulage verdienen. Wenn bei einer Arbeit mehr verdient wird als 1,60 M., dann darf dies mit einer anderen Arbeit bei der unter 1,60 M. verdient wird, nicht verrechnet werden. Die Firma sagt zu, entsprechend zu verfahren und in all den zurückliegenden Fällen, wo so nicht gehandelt worden ist, den Ausfall nachzuzahlen. Damit ist der Differenzfall erledigt.

Der Revisor F. von der Firma St. in T. will einen Kriegsschein; er erhalte zu wenig Lohn. Die Firma ist der Meinung, daß F. nicht gelernter Arbeiter ist und deshalb nicht mehr Lohn zu beanspruchen habe. Es wird jedoch festgestellt, daß F. als Revisor durchaus selbstständig arbeitet und infolgedessen auch auf Grund der allgemeinen Verdienste der Revisoren mehr Lohn zu beanspruchen hat. Da die Firma sich weigert, mehr Lohn zu zahlen, erhält F. den Kriegsschein.

In der Sitzung am 15. Dezember hatte der Kriegsausschuß eine Angelegenheit zu erledigen, die außerhalb der Metallindustrie lag, nämlich eine Differenz, die sich im **Korbmacherberuf** Berlin abgespielt hatte. Die Korbmacher, die Geschloßherbe herstellen, haben vor einigen Wochen Lohnforderungen gestellt. Weil ihren Forderungen nicht entsprochen wurde, war es bereits zu einer Arbeitsniederlegung gekommen. Bei Inkrafttreten des Hilfsdienstgesetzes nahmen die Korbmacher die Arbeit wieder auf, um ihre Differenz entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen vor einem Ausschuss nach § 9 des Gesetzes auszutragen. Da aber bis jetzt noch kein Ausschuss nach § 9 des Gesetzes konstituiert ist, hat das Kriegsarbeitsamt den Kriegsausschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins ersucht, diesen Fall mit zu erledigen. Diefem Ersuchen wurde entsprochen. Bei der Beratung im Kriegsausschuß wurde folgendes festgestellt: Es verdienen die Korbmacher bei der Herstellung von Geschloßherben bei 51stündiger Arbeitswoche durchschnittlich 54 M. wöchentlich, soweit es sich um gelernte Arbeiter handelt. Ungelernte Arbeiter und Arbeiterinnen verdienen durchweg 35 M. Die Unternehmer, die ihre Aufträge von Spandau erhalten, geben zu, daß die Anforderungen der Korbmacher an sich nicht unberechtigt sind. Sie, die Unternehmer, erbitten aber für die Geschloßherbe selbst zu wenig, so daß sie nicht in der Lage seien, mehr Lohn zahlen zu können. Die Unternehmer weisen an der Hand von zahlenmäßigem Material nach, daß ihre Angaben bei verschiedenen Arbeiten den Tatsachen entsprechen. Daraufhin beschloß der Kriegsausschuß, dem Kriegsarbeitsamt diese Tatsache mitzuteilen und das Kriegsarbeitsamt zu ersuchen, eine Sitzung der Vertreter der Unternehmer und Arbeiter des Korbmacherberufes unter Einziehung der behördlichen Stelle aus Spandau einzuberufen, die die Lieferung von Geschloßherben ausübt. Weiter soll das Kriegsarbeitsamt ersucht werden, die Sache so zu beschleunigen, daß diese Sitzung bereits in den nächsten Tagen stattfinden könne, um den Arbeitern so schnell wie möglich zu helfen. Die anwesenden Unternehmer- und Arbeitervertreter des Korbmacherberufes sind mit dieser Regelung einverstanden.

(Es kann heute bereits berichtet werden, daß die oben als notwendig erachtete Verhandlung mit einem Vertreter der Spandauer Behörde stattgefunden und folgendes Ergebnis zeitigte:

Es wird für jeden in Berlin hergestellten Geschloßherb 10 Pf. mehr als bisher von der Militärbehörde bezahlt. Diese 10 Pf. sollen den Arbeitern voll zugute kommen, und zwar in der Weise, daß die Gesamtsumme, die auf eine Werkstatt entfällt, und die sich nach der von der Werkstatt gelieferten Zahl von Geschloßherben richtet, an gleichen Teilen unter die Arbeiter der Werkstatt verteilt wird. Das Ganze ist also eine Teuerungszulage, die die Militärverwaltung den Arbeitern und Arbeiterinnen zahlt.)

Zwei Dreher von der Armeelionsfabrik Spandau beschwerten sich über zu wenig Lohn. Es wird festgestellt, daß die Dreher, die durchaus leistungsfähig sind, tatsächlich erheblich weniger Lohn bekommen, als zurzeit allgemein üblich. Der Vertreter des Betriebes wird ersucht, beanlassen zu wollen, daß der Verdienst der Dreher der gegenwärtigen Zeit entsprechend erhöht wird. Den Dreheren wird auf-

gegeben, falls bis zum nächsten Verhandlungstermin die Sache noch nicht geregelt ist, nochmals zum Kriegsausschuß zu kommen, um dann über die Ausstellung eines Scheins endgültig entscheiden zu können.

Die Schlosser von zwei Abteilungen der Firma D. wollen einen Kriegsschein, weil ihr Verlangen nach Lohnausbesserung von der Firma abgelehnt wurde. Die längere Auseinandersetzung, die sich in dieser Angelegenheit entwickelt, ergibt beiderseitig vielerlei Mißverständnisse. Nach deren Erledigung wird den Parteien anheimgegeben, am nächsten Tage im Betriebe nochmals zu verhandeln und, wenn keine Verständigung erzielt wird, wieder an den Kriegsausschuß heranzutreten. Wahrscheinlich ist aber eine weitere Verhandlung im Kriegsausschuß nicht mehr zu erwarten, da die gegenseitigen Mißverständnisse, die eine vorherige Regelung hinderten, durch die Aussprache im Kriegsausschuß beseitigt sind.

Der Dreher B. von der Firma C. verlangt den Kriegsschein, weil ihm ein Abzug von 30 M. gemacht worden ist. B. hat drei Bänke bedient, wovon eine bei der Arbeit Schaden erlitten hat. Den Schaden beziffert die Firma auf 400 M.; sie will nun einen Abzug vom Lohn in Höhe von 30 M. in sechs Raten à 5 M. machen. Der Kriegsausschuß steht auf dem Standpunkt, daß die Bedienung dreier Bänke für einen Dreher eine überaus große Inanspruchnahme ist und es ganz erklärlich erscheint, wenn dabei derartige Schäden entstehen kann. Der Dreher erklärt sich damit einverstanden, daß ihm 5 M. abgezogen werden, weil er selbst zugibt, auch Schuld zu haben.

26 Maschinenformner der Firma G. verlangen den Kriegsschein, weil sie zwei resp. drei Tage aussetzen mußten, ohne dafür eine Entschädigung zu erhalten. Die Firma begründet ihre Ablehnung damit, daß sie bei den gegenwärtigen Transportschwierigkeiten das Eisen nicht rechtzeitig herankommen habe und deshalb doch unmöglich für den Schaden verantwortlich gemacht werden könne. Der entgangene Verdienst wird von den Maschinenformnern auf 15 bis 16 M. täglich veranschlagt. Es wird vereinbart, daß über die Angelegenheit noch einmal im Betriebe verhandelt werden soll, und zwar auf der Grundlage, daß jedem Formner für den Tag, an dem er aussetzen mußte, mindestens 8 M. gezahlt werden muß. Ist die Firma damit nicht einverstanden, hat sie den Kriegsschein zu erteilen.

Aus Industrie und Handel.

Friedensausichten steigen — Rüstungswerte sinken! Börsen und Wilson-Votivität.

Für die Hausspekulation ist die von der resüchlichen Menschheit freudig begrüßte Weihnachtswirtschaft Wilsons eine schmerzliche Enttäuschung gewesen. Nach den Reden Prokowskys und Lloyd Georges war sie gerade eifrig am Werke, die Kurse zu treiben. Die New Yorker Mittwoch-Börse eröffnete auf die Unterhausung sehr fest, erlebte aber sodann eine regelrechte Veroute, da sie die Absichten Wilsons offenbar früher erfuhr. In Deutschland wachte man sich am Donnerstag die laue Haltung der New Yorker Börse so wenig zu erklären, daß die „Frankfurter Zeitung“ annahm, Reuters hätte nach den Vereinigten Staaten einen anderen Text der Rede Lloyd Georges telegraphiert als nach Holland.

In Berlin ließ man sich von der Haltung in New York nicht führen und setzte am Donnerstag die Kurse aller Rüstungswerte stark in die Höhe. Besonders die Aktien der Rheinischen Metall- und Maschinenfabrik (Reinmetall) und die Daimler Motorenwerke zogen mächtig an, wobei bei der letztgenannten Gesellschaft die von uns schon frühzeitig erwähnte Öffnung auf eine baldige Kapitalerhöhung wirksam mitspielte. Um so verblüffter war die Berliner Finanzwelt, als das Wolff-Bureau am Freitag früh die ersten Auszüge der Wilson-Votivität und die Erklärung Lanfings veröffentlichte. Natürlich sanken alle Rüstungs- und Konstantan-Papiere. Nur Daimler hielten sich verhältnismäßig gut. In New York hat sich die starke Abwärtsbewegung der Kurse natürlich auch am Donnerstag fortgesetzt. In der Panik fanden sie überhaupt keine Käufer mehr. Erst auf stark ermäßigtem Kursniveau zeigte sich Aufnahmefähigkeit. Nicht weniger als 3 180 000 Aktien wurden umgesetzt, darunter 747 000 Aktien des Stahltrusts, von denen unter anderen ein Posten von 50 000 Aktien auf einmal auf den Markt geworfen wurden. Wie stark die Kursrückgänge sind, zeigen am besten das Beispiel von Westphalen-Steel Works und dem Stahltrust. Jene sanken von dem ungefähren Höchststande von 630 seit dem Beginne der „Friedenskrise“ auf 475, diese von 128 auf 101 Dollars.

Die stark gedrückte deutsche Währung hat sich im Auslande kräftig erholt. In New York erhobte sie sich von ihrem tiefsten Stande, d. i. 65 Dollars für 400 Mark, auf 75 Dollars.

Eine unangenehme Erscheinung des jetzigen deutschen Börsenlebens ist die verrückte Haussie in sogenannten „Friedenswerten“, das ist in den Aktien von Gesellschaften, denen man im Frieden eine gute Konjunktur vorausgibt; dazu gehören insbesondere die Aktien der Deutschen Schiffahrtsgesellschaften. Die Börse eskomptiert (nimmt vorweg) die Gewinne, die die Schiffahrtsgesellschaften nach ihrer Meinung nach Friedensschluß erzielen werden, ohne sich im geringsten darum zu kümmern, ob die deutschen Schiffahrtsgesellschaften im Kriege nicht allzu schwere Verluste erlitten haben, ob die Uebergangswirtschaft mit dem Beginn ihrer Tätigkeit nicht noch recht weit hinauszieht und ob sich schließlich nicht im Frieden der Frachtraum ebenso verbilligt wie er sich im Kriege verteuert hat. Sehr zur rechten Zeit erinnern die „Hamburger Beiträge“ an die Warnungen Wallins, die Kurse von Schiffahrts-Aktien-Gesellschaften nicht zu treiben.

Deutsche Schiffahrtsgesellschaften sollen deutsch bleiben.

Der Bundesrat hat den Verkauf von Aktien oder anderen Gesellschaftsanteilen deutscher Schiffahrtsgesellschaften an Ausländer oder an Deutsche, die nicht im Deutschen Reiche wohnen, verboten, weil die Gefahr besteht, daß sich das Ausland einen ungebührlichen Einfluß auf diese Gesellschaften verschafft, die für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft nach Friedensschluß von denkbar größter Bedeutung sind. Das Verbot erstreckt sich auch auf Verkäufe durch Mittelspersonen.

Die Schiffahrtsgesellschaften haben bereits aus eigenem Antrieb Bestimmungen über die Zusammenziehung des Vorstandes und Aufsichtsrates und über den Sitz der Gesellschaften getroffen, wodurch ein ungebührlicher Einfluß des Auslandes hintangehalten werden soll. Die deutsche Regierung hat diese Schutzmaßnahmen offenbar für ungenügend gehalten. Rotiv mag gewesen sein, daß besonders Holland deutsche Schiffahrtsaktien gekauft hat, so daß sich z. B. an der Amsterdamer Börse ein Handel der Hamburg-Amerika-Linie entwickeln konnte.

Verstaatlichung des englischen Wollhandels.

Zur Sicherung des militärischen Bedarfs der Verbandsmächte hat die englische Regierung alle englische Wolle beschlagnahmt, für die sie um 35 Proz. höhere Preise zahlt als im Frieden üblich waren. Auch die neuseeländische und australische Wolle ist beschlagnahmt, der Preis ist 55 Proz. höher als 1914. Der freie Wollmarkt soll ganz aufgehoben werden. Darob große Entrüstung: „Zahlreiche Importeure, Großhändler und Kommissionäre werden aus dem Geschäft vertrieben, die Industrie wird schwere Verluste erleiden und viele Jahre Friedensarbeit werden zu einem Wiederaufbau nötig werden.“ Vieß sich genau so wie eine Jeremiade über das angeblich gemeinschädliche Wirken der Zentral-einkaufsgesellschaft.

Die Deutsche Bank errichtet in Sofia ein Filiale.

Die Verteilung der Lebensmittel.

Von Robert Schmidt.

Zweieinhalb Jahre haben wir nun Zeit gehabt zu lernen. Aber immer noch zeigt die Verteilung der Lebensmittel Mängel, die auf eine unzureichende Organisation zurückzuführen sind.

Wir sind genötigt, bei dem Mangel an Kartoffeln nach einem Ersatz zu suchen. Dieser Ersatz kann nur in einer vermehrten Zuwendung von Nahrungsmitteln aus

Gerste, Hafer, Weizen

bestehen. Es ist ganz selbstverständlich, daß die städtische Bevölkerung mit einem Quantum von 5 Pfd. Kartoffeln pro Kopf und Woche nicht auskommen kann, sondern eine Ergänzung an Nahrungsmitteln haben muß. Wie sieht es nun damit aus? Nach dem Verteilungsplan, den das Kriegsernährungsamt entworfen hat, sollen für Nahrungsmittel 500 000 Tonnen Weizen, 330 000 Tonnen Gerste und 370 000 Tonnen Hafer zur Verfügung gestellt werden. Das würde insgesamt ein Quantum von 1 200 000 Tonnen ergeben. Rechnet man sehr ungünstig den Ertrag von Nahrungsmitteln aus diesem Material auf 66% Proz., so ergibt sich ein Quantum Nahrungsmittel von 800 000 Tonnen. Diese Nahrungsmittel werden auf ungefähr acht Monate zu verteilen sein, denn wir wollen damit rechnen, daß im Sommer der Bevölkerung an Frischgemüse und Frühkartoffeln ein Ersatz geboten wird. Notwendig wird es sein, diese Nahrungsmittel in den Wintermonaten in größeren Quantitäten zu verteilen, und langsam in den späteren Monaten mit der Ration herabzugeben. Würde man die Verteilung auf 65 Millionen der Bevölkerung vornehmen, so ergeben sich auf den Kopf der Bevölkerung pro Monat 1,53 Kilogramm Nahrungsmittel. Rechnet man hierbei die Selbstverfoger ab, die mit einem geringeren Quantum bedacht werden können, da für sie aus der Eigenwirtschaft eine Verwendung der Gerste für Nahrungsmittel möglich ist, so wird sich mit Leichtigkeit der Plan durchführen lassen, daß in den Wintermonaten ein Pfund pro Kopf und Woche für die städtische Bevölkerung verteilt werden kann. Leider ist nun die Verteilung, die bereits für den Monat Dezember notwendig gewesen wäre, noch nicht erfolgt, für Berlin sind nur zweimal 100 Gramm zur Ausgabe gelangt.

Diese Verzögerung im Kriegsernährungsamt ist ganz unverständlich, man vernimmt an dieser Stelle den Eifer, der in dieser Situation nötig wäre.

Gleich beklagenswert ist die Verzögerung in der Verteilung der

Marmelade.

Nach zuverlässigen Informationen sind die Bestände an Rübensaft, Kirschkonig und Marmelade ziemlich erheblich, so daß, wenn man diese Bestände auf 7 Monate verteilt, ein Quantum von 3 Pfund pro Kopf und Monat der Bevölkerung gegeben werden kann. Leider ist man auch hier noch nicht über die Vorbereitung für die Verteilung hinausgekommen, obwohl in der Bevölkerung ein dringendes Bedürfnis nach Marmelade vorhanden ist. Man hätte erwarten sollen, daß wenigstens zu Weihnachten die Bevölkerung den so sehnlichst erwarteten Vorkaufstrich erhält. In vielen Familien besteht nicht die Möglichkeit, Marmelade selbst einzufachen, weil die Hausfrau in die Fabrik eilt, um den Lebensunterhalt zu erwerben. — Für häusliche Arbeiten fehlt eben die Zeit.

Sehr übel sieht es nun mit der Verteilung aus. Soweit bisher kleine Bestände herausgegeben sind, ist die Verteilung wiederum ganz in das Belieben der Gemeinde gestellt. Einige Gemeinden haben die Verteilung durchaus zweckmäßig durchgeführt, andere überlassen dies dem freien Handel und geben damit jede Kontrolle, wie die Ware an den Konsumenten gelangt, auf. Es kann nicht dringend genug verlangt werden, daß diese ungewöhnliche Art der Verteilung aufgegeben werde. Es muß durch Verordnung den Gemeinden zur Pflicht gemacht werden, ein bestimmtes Verteilungssystem durchzuführen. Die Verteilung ist sehr einfach, wenn man eine allgemeine Lebensmittelkarte einführt, die fortlaufend numerierte Abschnitte enthält und nun durch Befantgabe der Gemeinde die Bevölkerung davon in Kenntnis gesetzt wird, welche Nahrungsmittel auf die Nummer des Abschnitts zur Verteilung gelangen. Sehr gut funktioniert die Einrichtung, wie sie auch in Berlin zur Durchführung gekommen ist, daß der Käufer beim Kaufmann den Bezug der Ware vorher angeben muß, und dieser meldet nun seinen Bedarf bei der Gemeinde an. Damit wird eine Kontrolle geführt, daß auch das überwiesene Quantum Ware zur Verteilung gelangt. Wird diese sehr einfache Art der Verteilung vorgekommen, so werden auch diejenigen zu dem Bezug der Ware kommen, die an die Arbeitsstätte gebunden sind und nicht von Geschäft zu Geschäft laufen können, um den Versuch zu unternehmen, möglichst viel in Besitz zu bekommen. Selbst bei kleinen Quantitäten ist die Verteilung so möglich, daß nach Nummern zunächst ein Teil der Bevölkerung versorgt wird, und bei der nächsten Lieferung die Reihenfolge fortgesetzt wird. Die mangelhafte Verteilung noch immer ist, ergibt wieder die unglückliche Art, wie die

Gemüsekonserven

jezt vor Weihnachten zur Verteilung gelangt sind. Wäre hier die Abgabe auf eine Lebensmittelkarte erfolgt, so wäre der Anlauf auf eine größere Zahl von Käufern verteilt worden, während so mit Schnelligkeit die ganzen Bestände, die freigegeben waren, vom Markt verschwunden sind, und natürlich diejenigen, die am eifrigsten zugreifen, die größten Quantitäten bekommen.

Die Reichsstelle verfügt die Freigabe und die Gemeinden erhalten erst durch die Veröffentlichung Kenntnis. Die Verteilung darf aber heut nicht erfolgen nach der Schnelligkeit mit der dieser oder jener die Situation auszunutzen versteht, sondern unter Berücksichtigung der Zahl der Familienmitglieder. Lediglich sei bemerkt, daß auch in den Betrieben der Rüstungsindustrie die Klagen nicht verschwinden, daß eine wenig gleichmäßige Verteilung der besonderen Zuwendungen vorgenommen wird. Auch hier wäre es dringend notwendig, daß diejenigen, denen die Vergünstigung zu teil werden soll, auch berücksichtigt werden, und nicht vorweg Waren von denjenigen mit Beschlag belegt werden, für die sie gar nicht bestimmt sind.

Durch alle diese Fehler in der Lebensmittelversorgung kommen wir in größere Schwierigkeiten, als bei einer peinlichen Ordnung und Regelung, wie wir sie heute notwendig brauchen. Das Kriegsernährungsamt muß sich endlich von der Idee freimachen, als ob seine Aufgabe erfüllt wäre, wenn die vorhandenen, in öffentlicher Bewirtschaftung befindlichen Waren an die Kommunalverbände verteilt sind. Die Klagen aus vielen Gemeinden bestätigen immer wieder, daß hier die Abgabe an den Konsumenten ganz unregelmäßig ist und damit Recht viel Erbitterung und Unwillen über diese Nachlässigkeit und den Mangel an sozialem Empfinden hervorgerufen wird.

Am schwersten haben darunter diejenigen zu leiden, die tagsüber einer Beschäftigung nachgehen müssen, denen der Einkauf und das Herumsuchen nach Lebensmittel ungeheuer erschwert wird. Dieser Kreis der Bevölkerung hat aber vor allen Dingen einen Anspruch auf Versorgung, die nicht anders sichergestellt werden kann, als durch einen Zwang auf die Gemeinden, daß sie ein bestimmtes Rationierungssystem auf alle Waren zur Durchführung bringen.

Politische Uebersicht.

Vethmann und Scheidemann.

Eine „fortbestehende Lage“.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt:

Neuerdings begegnen wir wiederholten Versuchen in der Presse, aus Artikeln oder Reden des Abg. Scheidemann eine besondere Vertrauensstellung desselben zum Reichskanzler oder doch wenigstens eine Ideengemeinschaft beider, namentlich in bezug auf die Friedensziele, herzuleiten. Dabei waltet anscheinend die Ansicht vor, den Reichskanzler zu veranlassen, seine Stellung zu bestimmten Kriegszieleforderungen einzelner Parteien öffentlich darzulegen. Was jenseitig über die Friedensziele gesagt werden konnte, hat der Reichskanzler in allgemeinen Umrissen öffentlich im Reichstage kundgegeben. Als er sich bei der letzten politischen Aussprache im Hauptauschuß des Reichstags zu programmatischen Darlegungen von Ausschußmitgliedern über ihre Kriegsziele, insbesondere der Abgeordneten Scheidemann und Gröber, äußerte, betonte er unter ausdrücklicher Bezugnahme auf seine Reden in den Vorkommnissen des Reichstags, daß, wenn er zu einzelnen ihrer Ausführungen schweige, dies weder als Zustimmung noch als Ablehnung gedeutet werden dürfe. Diese Lage besteht, wie wir ausdrücklich feststellen wollen, auch jetzt noch fort.

In einer alten Zauberpoffe unternimmt ein Sohn wiederholte Versuche, den Geist seines Vaters zu beschwören und ihn über verschiedene diskrete Familienangelegenheiten auszufragen. Die Beschwörung gelingt selten, wenn aber der Geist dennoch erscheint, muß sich der neugierige Sohn mit der stehenden Antwort zufriedengeben: „Ich bin dein Vater Jephthes und sage dir nichts als dieses“.

Diese Lage „besteht auch jetzt noch fort“ im Verhältnis zwischen den Alldeutschen und Herrn v. Bethmann.

Der bewußte Sohn ist denn auch wieder recht unzufrieden. Er schreibt in der „Deutschen Tageszeitung“: „... so muß durch die ausweichende Erklärung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ der Eindruck verstärkt werden, daß die Regierung entweder nicht die objektive Möglichkeit oder nicht die Kraft habe, den Abgeordneten Scheidemann zu desavouieren. Zu welchen Folgen dieser bedauerliche Tatbestand führen muß, haben wir gestern mit hinreichender Deutlichkeit gesagt.“

Zur selben Angelegenheit schreibt uns Genosse Scheidemann:

Soweit meine Person in Betracht kommt, bestätigt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ nur, was ich selbst schon vor mehreren Wochen öffentlich erklärt habe: Wenn ich der Vertrauensmann mächtiger Männer wäre, so würde ich nicht so geschmacklos oder dumm sein, es zu sagen. Allerdings müßte ich mir das Recht vorbehalten, aus Kundgebungen des Reichskanzlers meine Schlüsse zu ziehen. Ich habe in einer der Versammlungen, die ich kürzlich in rheinisch-westfälischen Städten abgehalten habe, erklärt, daß ich offensichtlich bei diesen meinen Schlüsselforderungen mich als der bessere Logiker erwiesen hätte. Beweis dafür ist wohl das Friedensangebot der Zentralmächte. Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei hat eine Petition in Umlauf gesetzt, in der unter entschiedener Ablehnung aller Eroberungsabsichten in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses ein Frieden verlangt wird, der sicherstellt

1. die territoriale Unverletzlichkeit des Reiches,
2. die politische Selbständigkeit des Reiches,
3. die wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit des Reiches.

Damit vergleiche man die in dem Friedensangebot der Zentralmächte, in der Rede des Reichskanzlers und in der Mitteilung an den Papst aufgestellten Friedensbedingungen, und man wird finden, daß es sich um die gleichen, wenn auch in anderen Worten formulierten Forderungen handelt. Sie verlangen, daß sichergestellt wird:

1. das Dasein des Reiches;
2. die Ehre des Reiches;
3. die Entwicklungsfreiheit des Reiches.

Weiter: Daß ich mit meinen Behauptungen ganz besonders in bezug auf einen Frieden mit Frankreich das Richtige getroffen habe, scheint mir absolut unanfechtbar zu sein. Frankreich kann meiner unerschütterlichen Ueberzeugung entsprechend sofort einen seine nationale Ehre nicht im geringsten berührenden Frieden haben. Ich habe schon im Reichstag betont, daß der Reichskanzler nur einmal von Frankreich gesprochen hat. Und was hat er damals gesagt? Er anerkannte ausdrücklich die Tapferkeit der französischen Soldaten; jene traditionelle Tapferkeit, die sich auch glänzend bewährte, als Napoleon seine Truppen gegen die Engländer führte zu Schlachten, die Lord George seit mit denen gleichstellte, die die Truppen Wilhelms II. führen.

Ich bitte, es mir nicht als Unbedeutendheit zu deuten, wenn ich mich heute auf Herrn Prof. Hans Delbrück beziehe, der im Dezember-Heft der „Preuß. Jahrbücher“ folgendes geschrieben hat:

„Der sozialdemokratische Abgeordnete Scheidemann hat sich das Verdienst erworben, als Friedensformel aufzustellen: Was deutsch war, soll deutsch bleiben, was französisch war, soll französisch bleiben, was belgisch ist, soll belgisch bleiben...“

Was bedeutet alles das Geschrei der in und hinter der „Deutschen Tageszeitung“ kämpfenden Daheimkrieger gegenüber der Autorität des in der ganzen Welt bekannten und geachteten Historikers Delbrück?

Zur übrigen: alles, was ich geschrieben oder gesagt habe, war diktiert von der guten Absicht, dem Frieden zu dienen, dem dauernden Frieden, der nach meiner Ueberzeugung nur erreicht werden kann auf Grund einer Verständigung unter den kriegführenden Mächten.“

Konservative Verräter an Bismarcks Erbe.

Die „Kreuzzeitung“ veröffentlichte am Freitagabend den zweiten Teil ihrer schon besprochenen Schmähchrift gegen das Hilfsdienstgesetz. Sie spricht von einem „Sturm auf gegen die Reichsverfassung“, „abgeschmackten und unwohlführenden Begründungen“, „zitterndem Jüdel der Reichsgouvernante in Frankfurt“, „Einbruch in die innerste Zitadelle des alten stolzen Bismarckbaus“, „unverständigen Nachdrang“, „Degradierung des Bundesrats“ und „parlamentarischer Siegesallee“, „Aufsagung der Regierungsgewalt durch verantwortungslose Parlamentarismuskonvention“, „kämpferischer Preisgabe anvertrauten Gütes“ (durch den Bundesrat), „rücksichtsloser Herrschaft der Demokratie“, und bringt es dann zu dem Kernsatz: „Wenn es so weiter geht wie bisher, wird der Bundesrat mehr und mehr zu einem verfassungsrechtlichen Blinddarm. Und der Blinddarm reizt bekanntlich zur Amputation.“

Zum Schluß mahnt sie alle, „die sich nicht von den Herren Schda, Hauptmann und Dittmann regieren lassen wollen“, warnend ihre Stimme zu erheben:

Damit uns nicht das grausame Geschick ereile, daß wir den Sieg nachsehen, den uns das Hindenburggesetz verbürgt, mit der Niederlage des Staates im Innern bezahlen. Davor behüte uns der Geist und Segen dessen, auf dessen machtvolken Schultern wir noch heute stehen! Sein Erbe verteidigen wir heute noch aufen. Wollen wir dieses Erbe unterdeß dahim verraten?

Nach alledem muß man sich nur wundern, daß die Konservativen für das Hilfsdienstgesetz stimmen, und damit die schon gewohnte Symmetrie der Abstimung — äußerste Rechte, äußerste Linke — stört. Aber dafür müssen sie sich jetzt in der „Kreuzzeitung“ als „Verräter an Bismarcks Erbe“ abmalen lassen!

Die Rechte der andern.

In seinem „Größeren Deutschland“ zitiert der Abg. Bacmeister den Satz der deutschen Friedensnote:

„Etwas haben sie (die vier verbündeten Mächte) an der Ueberzeugung festgehalten, daß ihre eigenen Rechte und begründeten Ansprüche in keinem Widerspruch zu den Rechten der anderen Nationen stehen.“

Herr Bacmeister knüpft an diesen Satz folgenden etwas trübfinnigen Kommentar:

Solche Sätze, wie sie in der Kundgebung des Kanzlers vom 12. Dezember vorlaken, stehen in klarem Gegensatz zum Weien der Machtpolitik. Wer auf dem Boden dieser Politik steht, vermag nicht anzuerkennen, daß unsere begründeten Ansprüche in keinem Widerspruch zu den Rechten der anderen Nationen stehen. So haben wir uns den begründeten Anspruch auf eine starke Stellung an der skandinavischen Küste in diesem Kriege erobert; wir können diesen Anspruch als durch die Erfahrungen des Krieges klar begründet erweisen. Und doch können wir nicht gut bestreiten, daß er im Widerspruch steht zu dem formellen Recht des belgischen Staates. Ist unser Anspruch auf die belgische Moaslinie, auf das Erzbecken von Brich, auf Kurland nicht durchaus begründet, begründet durch die Machtverhältnisse während des Krieges und durch die gewonnene Erfahrung? Und doch steht dieser Anspruch in großem Widerspruch zu den Rechten anderer Nationen.

Woraus hervorgeht, daß einerseits Herr Bacmeister, der „Machtpolitiker“, nicht auf dem Boden des deutschen Friedensangebotes steht, und daß andererseits die Note der Mittelmächte mit alldeutschen Rechtsansprüchen nichts zu tun hat.

Brauchen wir auch Marseille?

Am letzten Sonntag war alldeutsche Versammlung in Stuttgart, und da man hochwichtige Staatsangelegenheiten zu erörtern hatte, war sie natürlich vertraulich. Trotzdem konnte der „Beobachter“ darüber folgendes berichten:

Der Vorsitzende des Verbandes, Rechtsanwalt Clah (Mainz) hielt eine Rede, Schwarz in Schwarz: Der Krieg darf nicht abgedroht werden, ehe nicht Calais und Marseille in deutschen Besitz sind. Sobald die englische Antwort (auf das Friedensangebot) eingetroffen ist, wird der Alldeutsche Verband mit einer Flugschrift zu agitieren beginnen, in welcher die Forderungen des Verbandes vertreten und der Reichsregierung der Prozeß gemacht wird. Schon jetzt wurde eine neue Broschüre verteilt, in welcher verlangt wird, daß entweder Falkenhahn oder Tirpich an die Spitze der Regierung berufen werden müsse. Gegen den Reichskanzler und Staatssekretär Dr. Helfferich wird in wegwerfenden Tönen polemisiert.

Die Wichtigkeit dieses Berichtes wird von alldeutscher Seite bestritten. Wir wissen also nicht, ob wir außer Calais, was ja eine ausgemachte Sache ist, auch Marseille haben müssen. Das muß unbedingt angeklärt werden!

Die Kriegsziele des Flottenvereins.

Der Flottenverein veröffentlichte jetzt seine am 16. Juni d. J. beschlossenen Kriegsziele. Das Schriftstück ist sehr lang, es genügt aber zu wissen, daß die dauernde Besetzung der skandinavischen Küste und des belgischen Landes gefordert wird, weil hier der Schlüssel zu Deutschlands Zukunft liegt. Ferner kann die Freiheit der Meere nur aus der Möglichkeit erwachsen, England selbst anzugreifen, weshalb gleichfalls mit Belgien Schluß gemacht werden muß und zwar „ohne sentimentale Anwandlungen“. Sicherungen an der Westgrenze wie an der Ostgrenze sind auch notwendig, aber da dies eine Angelegenheit der Landratten ist, hält sich der Verein in dieser Frage nicht für kompetent. — Zu anderen glaubt er es wohl zu sein.

Die Hilfsdienstauschüsse.

Die Einrichtung der Ausschüsse, die nach § 9 des Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst vom 5. Dezember 1916 über die Erteilung vom Arbeitgeber verweigert Abfertigung zu entscheiden haben, wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Deshalb bestimmt eine Verordnung, die vom Bundesrat mit Zustimmung des gemäß § 19, Abs. 1 des Gesetzes gewählten Reichstagsausschusses am 21. Dezember 1916 erlassen

worden ist, daß die Obliegenheiten dieser Ausschüsse zunächst, solange sie selbst noch nicht in Tätigkeit treten können, durch vorläufige Ausschüsse wahrgenommen werden. Die vorläufigen Ausschüsse werden in derselben Zusammensetzung wie die endgültigen nach Bedarf von den Stellvertretenden Generalkommandos errichtet; von der Einholung von Vorschlagslisten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer kann bei ihnen im Interesse möglichst beschleunigten Zusammen tretens Abstand genommen werden. Anstelle der vorläufigen Ausschüsse können bestehende Ausschüsse (Kriegsausschüsse usw.), die schon bisher die gleichen Funktionen ausgeübt haben, mit Zustimmung der Stellvertretenden Generalkommandos ihre Obliegenheiten übernehmen.

Spätestens bis zum 1. Februar sollen die ordentlichen Ausschüsse überall eingerichtet sein; mit diesem Tage tritt deshalb die Verordnung außer Kraft.

Ministerium Clam-Martinik.

Die Verungung eines tschechischen Feudalen zum österreichischen Ministerpräsidenten wird damit erklärt, daß der Graf mehr Oesterreicher als Tscheche sei und durch Frontenerfahrungen die Notwendigkeit gewisser staatlicher Reformen eingesehen habe, die die Deutschen angeblickt wünschen. Daher sind auch zwei Parteigänger des deutsch-bürgerlichen Nationalismus, v. Baernreither und Dr. Urban, in das Ministerium eingetreten, der eine als deutscher Landsmannminister, d. h. als Minister zur Vertretung der nationalen Bedürfnisse der Deutsch-Oesterreicher, und der andere als Handelsminister.

Von dem Ministerium wird weiter berichtet, daß es die wichtigsten Gesetze — Ausgleich mit Ungarn, Regelung der Sprachfrage — auf parlamentarischen Wege durchziehen wolle. Nicht das Gleiche wird von seinen Absichten über die Sonderstellung Galiziens behauptet. Ob sich das Ministerium vorläufig mit einigen Referenzen vor dem parlamentarischen Gedanken beunruhigt oder das Parlament wirklich als ein unentbehrliches Instrument der Politik betrachtet, läßt sich noch nicht sagen.

Der tschechische Verband hält sich in vorsichtiger Reserve und hat beschloffen, gegenüber der neuen Regierung keinen definitiven Standpunkt einzunehmen. Das Verbandspräsidium soll den Ministerpräsidenten erst um Auskunft über seine Absichten eruchen. Der Verband ist der Ansicht, daß die Arbeitsfähigkeit des Abgeordnetenhauses durch eine gemeinsame Aussprache der Parteien zu erzielen wäre und daß bei einer Reform der Geschäftsordnung an den in einem Sonderauschuß fertiggestellten Entwurf der letzten Sitzungsperiode angeknüpft werden kann.

An die vom Militärdienst zurückgestellten (reklamierten) Arbeiter und Angestellten!

Durch einen vom Kriegsamt im Reichslage bekanntgegebenen Erlaß an die Stellvertretenden Generalkommandos ist angedeutet, daß die Reklamierten den Bestimmungen für den Vaterländischen Hilfsdienst unterliegen und unter denselben Voraussetzungen wie alle anderen dem Gesetze unterstehenden Arbeitnehmer die Arbeitsstelle zu wechseln berechtigt sind. Nach Mitteilungen, die dem Kriegsamt zugegangen sind, soll es vielfach vorgekommen sein, daß Reklamierte, die entfernt von ihrem Heimatorte beschäftigt waren, unter Verungung auf den Erlaß einfach die Arbeit niederlegten, um nach ihrem Heimatorte überzusiedeln, um dort Beschäftigung anzunehmen. Ein solches Verfahren ist unzulässig und kann nicht nur die Wiedereingliederung der Reklamierten zum Heere, sondern auch ihre Bestrafung nach sich ziehen. Die Reklamierten müssen genau wie alle anderen Arbeitnehmer, wenn sie die Arbeitsstelle wechseln wollen, von dem Unternehmer die Erteilung eines Abfahrscheins verlangen. Weigert sich der Unternehmer, den Abfahrschein auszustellen, dann kann der nach § 9 des Gesetzes betreffend den Vaterländischen Hilfsdienst zu errichtende Ausschuß angerufen werden. Kann der Reklamierte nachweisen, daß ein wichtiger Grund zum Ausscheiden aus dem Betriebe vorliegt oder er insbesondere durch den Arbeitswechsel eine angemessene Verbesserung der Arbeitsbedingungen in einem anderen, dem Vaterländischen Hilfsdienst unterstellten Betriebe erreichen kann, dann muß der Ausschuß ihm den Abfahrschein erteilen. Im letzteren Falle muß er angeben können, in welchem Betriebe und zu welchem Lohne er in seinem Heimatorte Beschäftigung finden kann.

Die zur Entscheidung über den Abfahrschein berufenen Ausschüsse sind vielfach noch nicht errichtet. Die Stellvertretenden Generalkommandos sollen aber mit größter Beschleunigung überall solche Ausschüsse einsehen. Im Interesse der Reklamierten liegt es, die gesetzlichen Bestimmungen zu beachten und wenn der Abfahrschein ihnen vom Unternehmer verweigert wird, zu warten, bis der Ausschuß seine Tätigkeit im Bezirke aufnimmt. Wer dieses nicht genau beachtet, hat sich selbst es zuzuschreiben, wenn ihm Nachteile erwachsen.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

C. Legien.

Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

A. Steigerwald.

Verband der Deutschen Gewerksvereine (D. V.).

W. Harlmann.

Polnische Berufsvereinigung.

J. Klymer.

Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände.

Eidner.

Arbeitsgemeinschaft für einheitliches Angestelltenrecht.

W. Aufhäuser.

Arbeitsgemeinschaft für die technischen Verbände.

Dr. Höfle.

Vaterländischer Hilfsdienst.

Aufruf an die in Schiffahrts- und Hafengebieten beschäftigten Personen zur freiwilligen Meldung gemäß § 7 Abs. 2 des Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst.

Es ist dringend notwendig, daß die Eisenbahnen durch vermehrte Quantität der Wagnisschiffahrt eine größtmögliche Entlastung erfahren. Diesen Zweck müssen die Kräfte, die auf Grund des Gesetzes für den Vaterländischen Hilfsdienst zur Verfügung stehen, in erster Linie dienstbar gemacht werden. Es ergeht daher an alle hilfsdienstpflichtigen, nachstehend bezeichneten, in Schiffahrts- und Hafengebieten tätig gewesenen Personen, die zurzeit ihren Beruf nicht ausüben oder nicht in einem kriegswirtschaftlichen Betriebe beschäftigt sind, die Aufforderung zur sofortigen freiwilligen schriftlichen Meldung bei der Kriegswirtschaftlichen Berlin im Bezirk des Oberkommandos in den Marken, Viktorstraße 24.

Die Meldungen müssen enthalten:

- a) Vor- und Zuname,
- b) Geburtsort, -tag und -jahr,
- c) Wohnort, Straße und Hausnummer,
- d) Letzte Beschäftigungsstelle,
- e) Beschäftigungsart.

Zu betrachten kommen: Kapitäne, Schiffsführer, Steuerleute, Motorbootsführer und Maschinenisten, Vergungsschleute, Fischer, Seizer, Pflözer, Terner, Matrosen, Schiffer, Schiffsmaschinenisten, Aufwarterpersonal, Kanalschleuser, Brücken- und Führpersonal, Treibeldienstbeamte, Treibeldienstspendetreiber, Umschlag-, Lagerhaus- und Reihspinnenbeamte, Verwalter, Aufseher, Vorarbeiter, Schauerleute, Sauer, Zähler und Arbeiter, Kranführer für elektrische und Dampftriebe einschließlich Hoch- und Schwebebahnen, Elevatorführer, Schiebebühnenführer, Transportgeschäftsinhaber, kaufmännische und technische Geschäftsführer und Angestellte.

Berlin, den 22. Dezember 1916.

Der Oberbefehlshaber in den Marken.
gez. v. Kessell,
Generaloberst.

Aus der Partei.

Stellungnahme der Parteiorganisationen zum Hilfsdienstgesetz.

Zwei gutbesuchte Mitgliederberatungen in Garmen und in Alt-Riel erklärten nach Referaten des Genossen Legien mit erheblicher Mehrheit, das Gesetz sei unter den gegenwärtigen Umständen notwendig; die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion zu diesem Gesetz sei zu billigen. Den Gewerkschaftsvertretern wurde Dank dafür ausgesprochen, daß sie die Härten des Gesetzes gemildert und für erträgliche Arbeitsverhältnisse unter dem Gesetz gesorgt hätten.

Eine Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins in Königberg billigte nach einem Referat des Genossen Haase die Ablehnung des Hilfsdienstgesetzes durch den Abgeordneten des Kreises, Genossen Haase.

Soziales.

Neue Beitragsmarken für die Invalidenversicherung.

Durch das Gesetz, betr. Renten in der Invalidenversicherung, vom 12. Juni 1916, das die Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente, eine Erhöhung der Invalidenrente für Empfänger mit mehr denn fünf Kindern und eine geringere Verbesserung der Hinterbliebenenbezüge brachte, sind auch die Invalidenversicherungsbeiträge um 2 Pf. erhöht worden. Sie stellen sich vom 1. Januar 1917 an auf 18, 26, 34, 42 und 50 Pf. Vom 1. Januar ab sind ausschließlich neue Marken zu verwenden.

Die neuen Marken sind

- für die Lohnklasse I in rotem Drucke,
- für die Lohnklasse II in blauem Drucke,
- für die Lohnklasse III in grünem Drucke,
- für die Lohnklasse IV in rotbraunem Drucke,
- für die Lohnklasse V in gelbem Drucke

hergestellt. Wie bisher werden Marken für eine, für zwei und für dreizehn Wochen verausgabt.

Für Zwecke der nachträglichen Beitragsleistung sind für die vor dem 1. Januar 1917 liegenden Zeiten die alten Marken zu verwenden. Dieselben werden bis zum 1. Juli 1917 bei der Post noch erhältlich sein, von da ab nur bei den Versicherungsanstalten.

Bis zum 31. Dezember 1918 können alle Marken bei den Markenverkaufsstellen (Post) unter Berücksichtigung des veränderten Geldwertes umgetauscht werden.

Die Zusatzmarken im Geldwerte von 1 M. behalten ihre Gültigkeit und sind auch für die Zeit nach dem 1. Januar 1917 weiter verwendbar.

Die Organisation des Arbeitsmarktes.

W. C. Mit Rücksicht auf die Zeit der Uebergangswirtschaft vom Krieg zum Frieden verlangt Landesrat Dr. Freund, es müsse mit aller Energie daran gearbeitet werden, daß bis zum Friedensschluß ein dichtenmaschiges Netz öffentlicher, allgemeiner Arbeitsnachweise über das ganze Deutsche Reich ausgebaut sei. Dieses Verlangen ist nicht allein mit Rücksicht auf die Uebergangswirtschaft, sondern schon mit Rücksicht auf die Kriegswirtschaft zu stellen. Denn wie soll das Kriegsamt seine Aufgabe erfüllen, wenn an den einzelnen Orten das Angebot und die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt nicht übersehen werden kann. Schon seit zwanzig Jahren wird der Ruf nach dem dichten Netz von Arbeitsnachweisen in Deutschland erhoben, aber gar viele Umstände haben dazu mitgewirkt, daß wir bis zum Kriege noch nicht entfernt dem Ziele nahe kamen. Als dann der Krieg ausbrach, wurde alsbald wieder auf die dringende Notwendigkeit einer guten Organisation des deutschen Arbeitsmarktes hingewiesen. Es wurden auch einige Schritte unternommen, die aber die Lösung der Aufgabe nicht bewirken konnten. Die Lösung der Aufgabe hat nämlich eine Voraussetzung, die immer und immer wieder übersehen oder unterschätzt wird. Die Arbeitsnachweise können nur nützlich funktionieren, wenn eine gute Arbeitsmarkt-Verichterstattung vorhanden ist. Gut heißt in diesem Fall vor allem für Arbeiter und Arbeitgeber brauchbar. Auf die Ausgestaltung der Verichterstattung hat man bisher viel zu wenig Wert gelegt. Die Verichterstattung, wie wir sie heute haben, ist praktisch unbrauchbar. In dieser Beziehung hat auch die Schaffung des „Arbeitsmarkt-Anzeigers“ wenig geändert. Eine brauchbare Arbeitsmarkt-Verichterstattung muß das Angebot und die Nachfrage nicht für einen längeren Zeitraum, sondern an bestimmten Stichtagen erfassen. Die Erfassung und Veröffentlichung von Angebot und Nachfrage muß aber für die einzelnen Stichtage so rasch erfolgen, daß auf Grund des sich ergebenden Materials die Arbeiter und Arbeitgeber ihre Dispositionen vornehmen können. Das ist bei der heutigen Art der Verichterstattung teilweise ganz unmöglich, teilweise sehr erschwert. Solange wir nur keine bessere und namentlich raschere Verichterstattung haben, solange wird auch ein dichtes Netz von Arbeitsnachweisen keine durchgreifende Besserung herbeiführen vermögen. Organisieren allein tut eben nicht, kann im Gegenteil eine unnütze Kraft- und Zeitverschwendung bedeuten. Wenn wir eine gute Arbeitsmarkt-Verichterstattung haben wollen, dann müssen alle größeren Orte und bis zu einem gewissen Grade auch das platteland in die Verichterstattung einbezogen werden. Dazu ist natürlich eine Organisation der Arbeitsnachweise nötig. Die Verichterstattung darf sich aber keineswegs nur auf den Verkehr an den öffentlichen Arbeitsnachweisen beschränken, sondern alle Nachweise, vor allem auch die gewerblichen und die Arbeiterannahmestellen der großen Betriebe, müssen zur Verichterstattung herangezogen werden. Das Kriegsamt hätte sicherlich die Macht, eine solche Verichterstattung, zunächst für seine eigenen Zwecke zu schaffen, aber es will uns fraglich erscheinen, ob man dort die wirtschaftliche Notwendigkeit einer solchen Verichterstattung bereits erkannt hat. Die Organisationsarbeit als solche beansprucht die leitenden Personen in einer Weise, daß sie darüber den wirtschaftlichen Kern vergessen können. Die Folge ist, daß der Schaffung einer brauchbaren Arbeitsmarkt-Verichterstattung nicht entfernt der Wert beigelegt wird, der ihr tatsächlich zukommt. Es liegt hier die gleiche Erscheinung vor, wie auf anderen Gebieten der Wirtschaft. Was würden wir heute darum geben, wenn wir eine brauchbare Erntestatistik hätten? Die ganze Verteilungspolitik steht trotz aller organisatorischen Maßnahmen auf einer ganzlich unsicheren, ja fortgesetzt schwankenden Basis. Warum? Weil wir die wirtschaftlichen Tatsachen nicht kennen, weil wir nur mit ziemlich vagen Annahmen rechnen müssen. Würden wir schon vor dem Kriege der Ermittlung der wirklichen Verhältnisse des Wirtschaftslebens den Wert beigelegt

haben, den sie verdient, so würden uns viele Schwierigkeiten erspart geblieben, viele Fehler würden vermieden worden sein. So liegen die Dinge auch auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes: ohne eine gute Arbeitsmarkt-Verichterstattung kann man keine erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik treiben.

Unsoziales Versicherungsrecht.

In bestimmten Fällen können die Krankenkassen Krankenhauspflege gewähren. Nach dem bisherigen Recht bestand eine Verpflichtung zu solcher nicht. Um die Kräfte mehr auf diese Pflicht hinzuwirken, schreibt § 184 der Reichsversicherungsordnung vor, daß die Kasse u. a. dann, wenn der Zustand eines Erkrankten Krankenhauspflege erfordert, diese möglichst gewähren soll. Einem an Lungentumoren erkrankten Lehrling wollte die zuständige Krankenkasse die Krankenhauspflege nicht gewähren, obwohl nach ärztlichem Zeugnis diese Krankenhausbehandlung erforderlich war. Auf keinem Wege ist zu erreichen gewesen, daß das von ihr erfüllt wurde, was sie nach den Vorschriften des Gesetzes tun soll. Schon früher hat die Rechtprechung sich auf den Standpunkt gestellt, daß im Spruchverfahren durch die Instanzen der Arbeiterversicherung eine solche Verpflichtung der Kasse nicht auferlegt werden kann. Aber auch im Aufsichtsweg hat sich nicht ermöglichen lassen, die Kasse zu dieser Krankenhauspflege zu veranlassen. Das Versicherungsamt als Aufsichtsbehörde hatte den Kassenvorstand bei Vermeidung einer Geldstrafe von 10 M. zur sofortigen Uebernahme der Krankenhauskosten angehalten. Auf Beschwerde der Kasse hatte das Oberversicherungsamt dieser Beschwerde stattgegeben. Auch das Reichsversicherungsamt hat sich jetzt auf den Standpunkt gestellt, daß ein Eingreifen der Aufsichtsbehörde in diesem Einzelfall rechtlich nicht begründet sei. Aus der Entstehungsgeschichte der fraglichen Vorschrift der Reichsversicherungsordnung läßt sich ein solcher Zwang gegen die Krankenkassen nicht herleiten. Versicherungsleistungen, zu denen die Durchführung eines Heilverfahrens in einem Krankenhause gehöre, könnten den Versicherungsträgern nur durch Verurteilung im Spruchverfahren auferlegt werden. Da aber im Spruchverfahren in Fällen der vorliegenden Art eine Verurteilung nicht zulässig ist, entfalle für die Versicherungsbehörden jede Möglichkeit, die Krankenkasse im Einzelfall zur Uebernahme des Heilverfahrens anzuhalten. Zwar habe in der Reichstagskommission bei der Beratung dieser Vorschrift der Wunsch bestanden, die Kassen mehr als bisher zu binden. Es seien aber die Hemmungen, die aus der Beschränkung der allgemeinen Befugnisse der Aufsichtsbehörde der Durchführung dieses Wunsches erwachsen, in ihrer vollen Tragweite nicht hinreichend gewürdigt worden. Das habe nun zu dem allerdings kaum erwarteten Ergebnis geführt, daß durch die neue Fassung des Gesetzes gegenüber der früheren Rechtslage Wesentliches nicht geändert sei. Die Kassen hätten nur die allgemeine Weisung erhalten, in allen notwendigen Fällen Krankenhauspflege zu gewähren und diese Weisung sei ihnen in besonders dringlicher Form nahegebracht worden.

Diese Rechtslage ist eine überaus unerfreuliche, und es ist dringend zu wünschen, daß bei einer Änderung der Reichsversicherungsordnung auch dieser Punkt eine derartige Regelung erfährt, daß in solch dringenden Fällen, wo Krankenhausbehandlung notwendig ist, solche von der Kasse gewährt werden muß.

Wir können der vorstehend erwähnten Entscheidung des Reichsversicherungsamts nicht zuerkennen, den Erfordernissen unseres sozialen Lebens gerecht geworden zu sein. Es hätte sich sehr wohl das Eingreifen der Aufsichtsbehörde in einem solchen Falle rechtfertigen lassen. Was soll denn nun geschehen, wenn irgend eine Krankenkasse fortgesetzt und grundtätig die Gewährung von Krankenhauspflege ablehnt. Eine Entscheidung hierüber hat das Reichsversicherungsamt im vorliegenden Falle ausdrücklich abgelehnt. Wahrscheinlich wird es sich darüber selbst nicht klar geworden sein. Nur das ergibt sich aus dieser Entscheidung, daß das Reichsversicherungsamt den Fragen der Krankenversicherung doch oft recht weltfremd gegenüber steht.

Berichtszeitung.

Sie werden nicht alle! Wiederum ist eine Gesundheitsfürsorge wegen fahrlässiger Zügelung beurteilt worden. Sie berichtet eine an Blinddarmentzündung erkrankte Frau durch ihre Künfte zu heilen und verhinderte dadurch die rechtzeitige Operation der Patientin, die der Krankheit erlag. Das Münchener Landgericht verurteilte die Pfuscherin — Magdalena Schleich — zu ihrer Strafe von zwei Wochen Gefängnis, und das Reichsgericht bestätigte das Urteil.

Aus aller Welt.

Europas Uhl — Amerikas Nachtigall.

Bei dem jährlichen Feste des Instituts der Wäckerrevisoren äußerte sich Charles Hamlin, ein amerikanischer Millionär, wie folgt: „Nach meiner Schätzung ist der Reichtum der Vereinigten Staaten in den letzten Jahren um 40 Milliarden Dollar gewachsen. Die Bankanlagen haben um 6 bis 7 Milliarden Dollar zugenommen, und der Goldvorrat um mehr als 700 Millionen Dollar. Seit dem ersten Kriegsjahr ist die Goldmine auf 400 Millionen Dollar gestiegen. Kein Volk hat sich je eines solchen Wohlstandes erfreut wie das unrige in der letzten Zeit.“ Herr Hamlin jagte, er riete den amerikanischen Geschäftsleuten, jetzt Vorsicht zu üben, um auf die unvermeidliche Reaktion vorbereitet zu sein.

Reisepläne der amerikanischen Autokratie. Dem Sensationsbedürfnis der Amerikaner winkt nach Friedensschluß ein würdiges Ziel. Schon heute sind, wie französische Blätter berichten, 150 000 Teilnehmer angemeldet zu einer Europareise eigener Art, die sofort nach dem Krieg eine amerikanische Reisegesellschaft arrangieren wird. Und zwar soll diese Reise nach den französischen Salatsfeldern gehen. Es werden zu diesem Zwecke „Reisehotels“ bereitgestellt, die transportabel sind und binnen einem Tag errichtet, bewohnt und abgebrochen werden können, und doch allen Komfort an die Stätten des Todes und der Verdüsterung tragen. Eine würdige, wahrhaft humanitäre Vergnügungsdreise!

Eine angenehme Verordnung. Die Direktion der dänischen Staatsbahnen hat eine Verordnung erlassen, wonach Reisende solcher Zuge, die infolge der Sancefälle steden bleiben, als Gäste der Staatsbahnen zu behandeln seien.

Karl Marx und die freie Liebe. Der Sekretär der New Yorker „Antisozialistischen Liga“ ist zu 100 Dollar Geldstrafe verurteilt worden, weil er von Frauen, die Karl Marx lesen, behauptet hatte, sie wären alle Anhängerinnen der freien Liebe. Als er vor Gericht die Stellen aus Marx angeben sollte, die zur freien Liebe auffordern, konnte er keine nennen.

Städtisches Kriegsgeld aus Metall. Die Stadtverwaltung von Schneidemühl hat eiserne Kriegsgroschen prägen lassen, die zwar die Größe der echten Groschen haben, jedoch eine achtgedrige Form aufweisen. Die Vorderseite zeigt wie die echten Groschen eine „10“, umrahmt von einem Reifentanz mit der Aufschrift „Kriegsgeld-Verordnung 1916“, die Rückseite zeigt das Schneidemühlener Stadtwappen mit der Aufschrift „Magistrat Schneidemühl“. Auch der Magistrat von Landeshut (Schlesien) will metallenes Kriegsgeld prägen lassen und zwar außer 5-, 10- und 50-Pfennigstücken auch 20-Pfennigstücke.

32 Entscheidungen werden ausgerechnet am Tage vor Heiligabend beim Landgericht Elbing verhandelt werden.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Unterdroschkenführer

Otto Giese
von der Firma Bodun, Hannoverische Straße 5, am 20. Dezember im Alter von 31 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Dezember, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Parochial-Friedhofes, Sophienstraße 23, aus statt.

Nachrufe.
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener

Albert Jagemann
von der Firma Niedermaier und Garmann, am 18. Dezember im Alter von 54 Jahren verstorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Droschkenführer

Wilhelm Jordan
von der Firma Böhm, Weißstraße, am 14. Dezember im Alter von 76 Jahren verstorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Droschkenführer

Eduard Kossenehl
am 18. Dezember im Alter von 81 Jahren verstorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kohlenarbeiter

Ernst Müller
von der Firma Dorf, Holenslee, am 17. Dezember im Alter von 50 Jahren verstorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kohlenarbeiter

Karl Perschke
von der Firma Otto Bläß, Nordstraße 34b, am 12. Dezember im Alter von 51 Jahren verstorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Droschkenführer

Gottfried Schulze
am 16. Dezember im Alter von 81 Jahren verstorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Droschkenführer

August Wiese
am 2. Dezember im Alter von 53 Jahren verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
70/12 Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schraubendreher

Robert Vogel
Lichtenberg, Kronprinzenstr. 9, am 20. Dezember gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 23. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes in Margaher aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.
127/12 Die Ortsverwaltung.

Für die zahlreichen Rundgebungen herzlichster Teilnahme beim Ableben meiner lieben Frau, unserer guten Mutter lagern wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere Herrn Walter Kamauf für die trostreichen Worte am Grabe sowie dem Verband der freien Kraft- und Schankkräfte für zahlreiche Beteiligung unsern herzlichsten Dank.

Paul Kröhn
nebst Familie.

Pelz-
Kragen, Muffen, Mäntel
jetzt zu Weihnachten besonders billige Preise.
Pelzwaren-Fabrik
Leipziger Str. 58
(nahe Spittelmarkt).
Kein Lad. 1 Treppe.
Sonntag 12-4 geöffnet.

Oskar Wollburg
Konfektionshaus für Damen- u. Mädchen-Bekleidung
56 u. 57 Brunnenstraße 56 u. 57

Vorteilhafte Angebote

Große Auswahl in **Plüsch-, Samt- und Breitschwanz-Mänteln**

direkt aus der Fabrik, ohne Zwischenhandel, daher konkurrenzlos.



Fisches Kostüm 54,00 M. Glocken-Pal. rot 34,50 M. Mantelkleid 36,75 M.

Berlins allbekanntes Kredithaus
ALLE TAGE ANDERS
direkt am Nettelbeckplatz — Bahnhof Wedding

AUF KREDIT
Herren-Garderobe • Damen-Garderobe
Kinder-Garderobe für Knaben u. Mädchen
in grosser Auswahl und sehr preiswert

Pelzwaren: Kragen u. Muffen
Möbel und Polsterwaren
Einzelne Möbelstücke / Moderne Küchen / Spezialität: Bürgerliche Wohnungseinrichtungen

KREDITHAUS ANDERS
Größtes Haus direkt am Nettelbeckplatz
Reinickendorfer Str. 16
Pank., Gerichtstr.-Ecke, Part., I., II., III., IV Etage

Jeder Käufer erhält bei Vorzeigung dieses Inserates 3.— M. vergütet

Formulare für Bezugsscheine sind bei uns zu haben
Sonntag 8—10 und 12—4 Uhr geöffnet

B.F.FEDER

Norden: Brunnenstrasse 1, Eingang Weinbergsweg 28
Osten: Frankfurter Allee 350, Ecke Möglinger Strasse
Süden: Kolibuser Dam 103, an der Kolibuser Brücke
Westen: Charlottenbg., Scharrenstr. 5, Ecke Wilmersd. Str.

gegen **bar Kredit** und auf unter günstigsten Zahlungsbedingungen

Herren- und Damen-Garderobe
Knaben- u. Mädchen-Kleidung
in reicher Auswahl und in guten Qualitäten

Pelzkragen, Pelzmuffen
in einfacher und eleganter Ausführung
in besonderen Räumen

Möbel u. Polsterwaren
Vollständig
Wohnungs-Einrichtungen

Inserat mitbringen, 3 M. Wert



Aktiva.		Bilanz-Konto.		Passiva.	
M.	pf.	M.	pf.	M.	pf.
Grundst.- u. Gebäude	10854557	Aktienkapital		7200000	
Masch.-, Kühl- u. pneumat. Mälzerei-Anlag.	1238082	Partial-Obligationen aus 1894 Serie I.		224000	
Elektrische Anlagen	1598903	Partial-Obligationen aus 1897 Serie II		341500	
Möbilen u. Utensilien	973359	Partial-Obligationen aus 1911 Serie III		2200000	
Fastagen	683044	Hypotheken-Konto I		2100000	
Pferde	100	Hypotheken-Konto II		910000	
Wagen und Geschirre	55029	Reservofonds		1873403	23
Eisenbahn-Waggons	95515	Spezial-Reservofonds		100000	
Dampfer	3892	Dividende unerboben		3132	
Niederl. u. Ausschank	470659	Partial-Oblig.-Zinsen		43950	
Restaurant-Inventar u. Utens. u. Beteiligung	127788	Partial-Obhg.-Präm.		2635	
Flaschenbier-Utensil.	902266	Kauttionen		743180	64
Vorräte	222138	Depositen		5811412	14
Debitoren	689591	Kreditoren		702576	21
Darlehen		Brausteuor-Konto		587902	
Kasse inkl. Reichsbk. und Postcheckguth.	387615	Avale	207350		
Bankguthaben	2604094	Delkredero		125000	
Wechsel	5300	Friedr. Goldschmidt-Stiftung		137420	
Avale	207350	Arbeiter-Unterstütz.-Fonds		905510	
Effekten	4171655	Arbeiter-Witwen- und Waisen-Fonds		246308	
Hypotheken	159000	Moritz-Potoocky-Nelken-Stiftung		18337	
Vorausbezahlte Mieten	72916	Kriegs-Reserve		600000	
Vorausbezahlte Versicherungs-Prämien	53304	Reingewinn		1979741	55
	26156101			26156101	76

Berlin, den 30. September 1916.
Die auf 14% für das am 30. September a. cr. abgeschlossene Geschäftsjahr 1915/16 festgesetzte Dividende wird von heute ab gegen Einlieferung des Dividendenscheines u. eines Nummernverzeichnisses gezahlt,
mit M. 42.— pro Aktie von M. 300.—
168.— pro Aktie von M. 1200.—
an der Kasse der Commerz- u. Disconto-Bank, hier u. in Hamburg, Nationalbank für Deutschland, hier von Marcus Nelken u. Sohn, hier und in Breslau, unserer Zentralkasse.
Berlin, den 22. Dezember 1916.

Actien-Brauerei-Gesellschaft Friedrichshöhe
vormals **PATZENHOFER**

Opium
Draufwachtbüchsen
Kauft man am besten
Lindlin Str. 68, Lindenplatz 3

Garderobe
auf bequemste Teilzahlung
Damenmoden Kostüme, Ulster, Mäntel in Tuch, Samt u. Astrachan, Blusen u. Röcke in gr. Auswahl. Nur Neuheiten am Lager.
Pelzwaren in allen Pelzarten und neuester Ausführung in jeder Preislage
Herren-Anzüge, Paletots und Ulster
Große Auswahl!
Knaben- u. Mädchen-Garderobe.
Jeder Käufer erhält ein Weihnachtsgeschenk.
M. Beiser
67 Lothringer Str. 67.
Sonn tags v. 8—10 u. 12—4 Uhr geöffnet.

Monatsgarderobenhaus
M. Türkischer, Prinzenstraße 79, nahe Moritzplatz,
offeriert in großer Auswahl Jackett-, Rodanzüge, Paletots, Ulster, teils aus Seide, von kostbareren kurze Zeit getragen (auch für fortpalente Figuren), zu billigen Preisen. Abteilung II. **Griech für Maß:** Durch vorzählbaren Ankauf eines erstklassigen Warenlagers offeriert ich elegante neue Jackett-, Rod-, Smoking-Anzüge, Paletots, Ulster trotz großer Preissteigerung für nur 25—75 Mark.

Nimm Gichto-Rheumin bei Gicht, Rheumatismus und Nervenschmerzen.
Glänzend begutachtet und bewährt!
In allen Apothek. erhältl. in Tabletts zu 2 Mk. und Salbe zur Massage zu 1,50 und 2,50 Mk.
H. Wunderlich, Apoth., Gera-R.
Witte's Apotheke, Askanische Apotheke, Löwen-Apotheke, Aesculap-Apotheke, Hohren-Apotheke.

Herren-Gehpelze
Damenpelzmäntel, Pelerinen, Kragen, Muffen zu alten, sehr billigen
Engrospreisen
Pelzwaren-Vertrieb
E. Neuheit
Oranienstr. 159
Bitte genau auf Firma und Hausnummer zu achten.
Seltenes Angebot.
Sonntag bis 4 Uhr geöffnet.
Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.

Leihhaus Moritzplatz 58a
Größtes Gelegenheits-Kaufhaus dieser Art für Herren- und Damen-Garderobe, Pelz- u. Schmucksachen. Tägl. Verkauf von Kavaliereu wenig getragener sowie im Versand gewesener Jackett-, Rock-Anzüge, Paletots, Ulster, teils aus Seide, enorm billig. Großes Lager in neuer Maßgarderobe, aus feinsten Stoffen in erstklassiger Verarbeitung. Große Auswahl in Damen-Kostümen, Ulstern, Plüsch- u. Astrachan-Mänteln bis zur feinsten Ausführung. Gelegenheitskäufe in Pelzkragen, Pelerinen, Skunks, Marder, Nerz, Alaska, Biber- und Weißbuchs u. a., in modernster Ausführung, statt 40—250 M. jetzt 20—125 M. Große Auswahl in Herren-Gehpelzen, Damen-, Reise-, Wagen-Pelzen. Extra-Angebot in Lombard gewesener Teppiche, Gardinen, Portieren, Betten, Wäsche, Uhren, Ringe, Brillanten zu enorm billigen Preisen. „Vorwärts“-Leser erhalten 10% extra

Aus Groß-Berlin.

Weihnachten 1916.

Wenn die Glocken läuten die Weihnacht ein,
Wo werden dann unsere Gedanken sein?
Bei euch da draußen im fernen Land,
Bei euch, die ihr hallet dem Lobe stand
Am heil'gen Abend.

Wenn die Glocken läuten die Weihnacht ein,
Wo werden dann unsere Herzen sein?
Bei den Gatten, den Vätern, den Brüdern all,
Die ihr draußen bildet den ehernen Wall,
Deutschland zu schützen.

Wenn die Glocken läuten die Weihnacht ein,
Was wird da unsere Sehnsucht sein?
Dass endlich Friede auf Erden ist,
Dass ende der schreckliche Völkergewist;
Und den Menschen ein Wohlgefallen!
Eine Kriegerfrau

Zu Dienste der Volksgesundheit.

Ueber Aufgabe und Arbeit des Medizinalamts der Stadt Berlin wurde vor einigen Wochen im „Vorwärts“ (Nr. 331) eingehend berichtet. In einem Besuch der Laboratorien und Bureaus dieser Anstalt, die in dem von Stadtbaurat Hoffmann geschaffenen Haus an der Fischerstraße untergebracht sind, waren Vertreter der Zeitungen gestern eingeladen. Die Führung übernahmen als Leiter des Medizinalamts der Stadtmedizinalrat Beber und als Abteilungsleiter der Letzte Professor Lohmann, Professor Grotzinger, Dr. Fendler. Wir erhielten einen Einblick in die vom Medizinalamt geleistete Arbeit, deren Bedeutung für die Volksgesundheit man nicht unterschätzen soll. Das Medizinalamt über vorwiegend Gesundheitspflege, indem es — hauptsächlich für die Stadtverwaltung selber, aber gegen Gebühren auch für andere Behörden und für Einzelpersonen — die Prüfung von Nahrungsmitteln und Gebrauchsgegenständen und bei Verdacht anstehender Krankheit die bakteriologische Untersuchung ausführt. In dem Kampf gegen die Volkskeuchen hat in den letzten Jahren das Medizinalamt sich Verdienste erworben durch Maßnahmen zur möglichst vollständigen Eindämmung der Diphtherie. Die Kriegszeit brachte eine starke Zunahme der Arbeit, einerseits durch Aufträge zur Herstellung von Typhus- und Choleraimpfstoffen für das Heer, andererseits durch Wehrung der Untersuchungen von Nahrungsmitteln und namentlich von sogenanntem „Ersatz“. Das Medizinalamt konnte so manchen „Ersatz“, der unter verlockendem Namen zu erscheinendem Preis veräußert wurde, durch Untersuchung als ein Erzeugnis gewissenloser Betrüger nachweisen. Einige Ergebnisse dieser verdienstlichen Arbeit des Medizinalamtes wurden vor kurzem im „Vorwärts“ (Nr. 332) mitgeteilt. Proben waren gestern in den Laboratorien zu sehen, z. B. Ersatz für „Ei“, der gelblich gefärbtes Kartoffelmehl war, ein „Liptauer Käse“, der aus Mehl mit Säure und einem Aëscaroma bestand, und so weiter. In der Bevölkerung ist das Medizinalamt erst dadurch mehr bekannt geworden, daß es in der Kriegszeit auch als

Zentralstelle für Krankenernährung

dienen muß. Hier stellen Kranke ihre Anträge auf Gewährung von besonderen Nahrungsmitteln, von Weizengebäck, Vollmilch usw., und hier erfolgt auf Grund der eingereichten Attestate die Prüfung und Entscheidung. Nicht viele werden bewilligt oder auch nur abgelehnt, wieviel Arbeit die Zentralstelle davon hat. In ihr ist Tag für Tag ein kleines Heer von 150 Bureauangestellten, meist Frauen, von früh bis spät beschäftigt. Alle nur möglichen Räume, auch enge Korridore, müssen jetzt zu Bureaus benützt werden und sind vollgesteckt mit Arbeitenden. Die Kranken — und solche, die es zu sein glauben oder dafür gelten wollen — sind manchmal sehr findig bei der Durchsetzung ihrer mehr oder minder berechtigten Ansprüche. Da heißt es klug aufpassen, daß nicht von den für Kranke vorbehaltenen Nahrungsmitteln etwas „in die unrechte Rehle gerät“. Von Vollmilch zum Beispiel bleiben für Kranke, soweit sie nicht in Krankenhäusern oder sonstigen Heil- und Pflegeanstalten sind, täglich nur 26000 Liter verfügbar. Damit die plötzlich Erkrankten nicht unter Verzögerungen zu leiden brauchen, ist auch Abenddienst und Sonntagsdienst eingerichtet. Medizinalrat Beber hob hervor, daß es bei der Bewilligung leider nicht immer nach den Wünschen der Kranken und ihrer Ärzte gehen kann, sondern die Rücksicht auf die verfügbare Nahrungsmittelmenge mitzureden muß. Beschwerden, die täglich in großer Zahl einlaufen, werden durch eine besondere Kommission geprüft. Die Tätigkeit der Zentralstelle für Krankenernährung ist Kriegsarbeit, aber auch sie will der Volksgesundheit dienen.

Der Kleinwohnungsmangel.

Der „Deutsche Wohnungsausich“ schreibt uns:
Zur Klärung der Frage, ob nach Friedensschluss mit einem Wohnungsmangel zu rechnen sein wird und um rechtzeitige Abwehrgeregeln dagegen treffen zu können, hat am 15. Mai d. J. eine Prüfung der leerstehenden Wohnungen in Groß-Berlin stattgefunden. Leider ist, obgleich das gewonnene Material jetzt seit Monaten vorliegt, die Veröffentlichung des Gesamtergebnisses bislang nicht erfolgt, angeblich weil es dem Statistischen Landesamte, dem die Bearbeitung obliegt, an den erforderlichen Arbeitskräften fehlt, diese bringend notwendige Arbeit zu Ende zu führen. Immerhin lassen sich aus den vorliegenden Teilergebnissen schon jetzt gewisse Schlussfolgerungen ziehen, die der bekannte Statistiker Dr. Kuczynski in der letzten Nummer des „Technischen Gemeindeblattes“ der Öffentlichkeit übergeben hat und die von anderer Seite verbreiteten einseitigen Urteilen gegenüber nicht ohne Interesse sind. In Berlin ist danach seit dem Jahre 1910, in welchem die letzte Zählung stattfand, zwar eine absolute und prozentuale Zunahme der leerstehenden Wohnungen festgestellt: ihre Zahl stieg von 5,2 Proz. aller vorhandenen Wohnungen auf 6 Proz., in den Vororten dagegen sank sie von 7,9 Proz. auf 3,6 Proz. Die Zunahme in Berlin beschränkt sich aber ausschließlich auf die mittleren und großen Wohnungen; der Anteil der leerstehenden Kleinwohnungen (Wohnungen von nicht mehr als zwei Zimmern) betrug bei beiden Aufnahmen 5,3 Proz. Die Abnahme in den Vororten erstreckt sich auf sämtliche Größenklassen: sie war am stärksten bei den Kleinwohnungen. Während hier 1910 noch 7,6 Proz. leerstanden, waren es 1916 nur mehr 2,6 Proz. Die Lage des Wohnungsmarktes ist also schon jetzt während des Krieges, was die Kleinwohnungen anbelangt, namentlich in den Vororten, sehr ungünstig, es wird also mit Sicherheit darauf zu rechnen sein, daß nach dem Kriege bei dem Zurückströmen der Kriegsteilnehmer und der großen Zahl der neuen Haushaltsgründungen (Kriegsgeheiratete), ferner bei dem Herabsteigen vieler Haushaltungen von größeren zu kleineren Wohnungen und aus sonstigen durch die Wirtschaftslage bedingten Gründen ein erheblicher Mangel an Kleinwohnungen eintreten wird. Dieser für Groß-Berlin festgestellte Zahlenstand stimmt mit den Ergebnissen überein, die auch in anderen Landesstellen gewonnen sind. Es liegt darin die Mahnung für alle, die es angeht, rechtzeitig an die Vorbereitung von Abwehrgeregeln heranzutreten und nicht abzuwarten, bis es zu spät ist.
Der „Vorwärts“ hat schon in Nr. 338 die durch die „Statistische Korrespondenz“ des preussischen Statistischen Landes-

amts veröffentlichten Teilergebnisse wiedergegeben und aus ihnen die Gefahr eines Kleinwohnungsmangels gefolgert. Dagegen hatten die von der „Statistischen Korrespondenz“ beigefügten Erklärungen die Lage des Wohnungsmarktes so angefaßt, wie wenn den Klagen der Hauseigentümer über Wohnungsüberschuß beizupflichten sei. Diese Darstellung fand nicht nur in der bürgerlichen Presse, sondern auch in dem vom Bund der Berliner Grundbesitzervereine herausgegebenen „Grundbesitzern“ bereitwillige Aufnahme und Zustimmung.

Die Diphtherie-Erkrankungen

haben sich trotz aller behördlichen Maßnahmen auch in diesem Jahre wieder gehäuft. Leider wird, wie festgestellt, in vielen Fällen verkannt, bei Halskrankungen sofort einen Arzt zu befragen, und statt dessen versucht, sich mit Haus- und Geheimmitteln zu heilen. Viele Kinder sind diesem Verfahren bereits zum Opfer gefallen, und da sie nicht sofort sachgemäß behandelt wurden, ist die Krankheit von ihnen auf viele andere Kinder übertragen worden. Dies muß verhindert werden! Nach den gemachten Erfahrungen hätten die Kranken zum großen Teil durch eine sofortige Behandlung mit Heilserum geheilt und ihre Geschwister und Schulkameraden durch eine Schutzimpfung vor Erkrankung bewahrt werden können. Es ist dringend zu raten, in solchen Fällen keine Zeit zu verlieren und sich nicht mit nutzlosen und so oft nachweislich schädlichen Versuchen abzugeben, sondern stets sofort ärztliche Hilfe zu suchen, wenn Kinder anfangen über Halsbeschwerden zu klagen. Jeder Ausschub, sei es auch nur um einen einzigen Tag, verschlechtert die Aussicht, daß dem Kinde noch zu helfen sei.

Wrottkommission und Feiertage.

Für die Weihnachtstage und Neujahr sind in den Wrottkommissionen folgende Dienstdienste festgesetzt: Sonntag, 24. Dez., 8 1/2 bis 9 1/2 Uhr und mittags 12 bis 1 Uhr, Montag geschlossen, Dienstag 8 1/2 bis 9 1/2 Uhr, Sonntag, 31. Dez., 8 1/2 bis 9 1/2 Uhr und mittags von 12 bis 1 Uhr, Montag, 1. Januar, 8 1/2 bis 9 1/2 Uhr.

In dieser Zeit großer Entscheidungen

ist die Lektüre einer täglichen Zeitung unentbehrlicher denn je. Unterbrechungen des Bezugs werden von den Lesern höchst unangenehm empfunden. Wir ersuchen daher unsere Postabonnenten, rechtzeitig für die Erneuerung ihres Abonnements Sorge zu tragen zu wollen. ♦ ♦ ♦ Verlag des „Vorwärts“.

Zeuerungszulagen und Magistrat.

Zu dem gestrigen Bericht über die Verhandlungen in der Berliner Stadtverordnetenversammlung teilt uns Genosse Ritter, der bei der Vorlage betreffend die Gewährung einer weiteren Zeuerungszulage an städtische Arbeiter und Anestellte das Wort nahm, folgendes mit: Bei dem verheirateten Personal der Irrenanstalten ist seit langem Erregung darüber, daß ihnen nicht die Höhe der Kinderzulage gezahlt werden, wie diese von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen worden sind. Nach dem Gemeindefestbeschluss vom 9. Juni, 6. und 7. Juli 1916 wird bei Verheirateten für jedes Kind eine Zeuerungszulage von 5 M. bis zu fünf Kindern gezahlt. Nun gibt es einen Teil von Verheirateten, die in Anstalten, in der Kranken- und Irrenpflege usw. tätig sind. Diese erhalten einen Teil ihres Lohnes in Naturallohn, weil die Art ihrer Tätigkeit die dauernde Anwesenheit in den Anstalten erforderlich macht. Diese Angestellten werden den andern Verheirateten nicht gleichgestellt, was damit begründet wird, daß die Verheirateten in der Anstalt, wo sie Verpflegung erhalten, nicht die hohen Ausgaben haben, wie der Verheiratete, der auf die Kost in seinem eigenen Hauswesen angewiesen ist.

Wir will meinen, daß der Unterschied in den Kosten des Haushalts doch nicht so erheblich ist, daß man bei diesem Veronal eine ziemlich erhebliche Grenze nach unten gezogen hat. Diese Gruppe von städtischen Angestellten wird den Unverheirateten unter achtzehn Jahren gleichgestellt und erhält demnach eine Zeuerungszulage von monatlich 10 M. Warum man sie nicht den Ledigen über achtzehn Jahre gleichstellt hat, zu denen sie doch sicher eher gehören, ist das Geheimnis der vom Magistrat erlassenen Ausführungsbestimmungen. Im letzteren Falle würden sie nämlich bisher 2 M. mehr erhalten haben, nach der am Donnerstag verabschiedeten Vorlage sogar 6 M. mehr bekommen. Es ist dringend zu wünschen, daß der Magistrat in seinen neuen Ausführungsbestimmungen die Verheirateten, selbst wenn sie Verpflegung in den Anstalten erhalten, wenigstens den Ledigen über 18 Jahre gleichstellt.

Bei der Kinderzulage an diese Art städtischen Personals wird ebenso sonderbar verfahren. Die in den Anstalten tätigen Angestellten fühlen sich insbesondere darüber beschwert, daß ihnen die Kinderzulage, die mit 5 M. festgelegt ist, nicht gezahlt wird, sondern nach den Ausführungsbestimmungen des Magistrats mit einem niedrigeren Satz. Es erhalten nämlich verheiratete Angestellte in den Anstalten 10 M. für sich und nur 3 M. für das Kind, anstatt 5 M.; bei zwei Kindern werden gezahlt nicht 20 M., sondern nur 18 M. und so fort!

Diese Kinder müssen also hühen, daß ihre Väter nicht zu Hause essen können, eine Logie, die wirklich nicht begriffen werden kann. Diese Zustände wollte ich nur feststellen, weil sonst aus dem Bericht herausgesehen werden könnte, ich habe behauptet, daß der Magistrat für die Kinder der Anstaltsangestellten überhaupt noch keine Zeuerungszulagen zahlt. — Zu wünschen wäre, daß die jenseitigen zu erlassenden neuen Ausführungsbestimmungen des Magistrats den geschilderten Absonderlichkeiten bald ein Ende machen.

Wo bleiben die Höchstpreise für Pferdefleisch?

Am 14. Dezember wurde der Presse von ausländischer Seite mitgeteilt, daß für alle Bundesstaaten Kleinhandelshöchstpreise für Pferdefleisch festgesetzt worden seien; für das Inkrastieren sei eine Preis vorgeschrieben, um den Händlern Zeit zu lassen, sich mit dem Einkauf einzurichten. Wir schreiben heute den 23., ohne daß man weiteres erfahren hat. Wie lange soll denn die „Preis“ noch dauern?

Zu dem Gegenstand geben wir der folgenden Zuschrift Raum: „Früher nannte man das Pferdefleisch das Fleisch der armen Leute. Heute ist das ein wenig anders geworden. Die Rohschlächter haben die Geschäftslokale meist in wenig belebte Straßen gelegt, weil es vordem verpönt war, beim Pferdeschlächter gesehen zu werden. Jetzt aber steht man in diesen unbelebten Straßen täglich einen Menschenauflauf, und bei näherem Hinsehen entdeckt man, daß es sich um eine Ansammlung vor dem Rohschlachter handelt. Hier werden die Wortenden zu etwa fünf Personen von dem überwachenden Schutzmänn in den Laden gelassen, um mit teurem Gelde das früher so verachtete Pferdefleisch zu erstehen. Vor einer Reihe von

Tagen ging die Nachricht durch die Zeitungen, daß behördlicherseits Höchstpreise eingeführt werden sollten. Es hieß damals in der Anstalt, daß der Höchstpreis 1,80 M. nicht übersteigen dürfe. Statt dessen muß es das lausende Publikum erleben, daß die Preislisten täglich Steigerungen anzeigen. Die Rohschlächter verlangen 3,20 M., eine Preisforderung, die die Höchstpreise von Mindest noch übersteigt. Im Interesse aller Beteiligten läge es, wenn der Magistrat ganz energisch dieser Preissteigerung entgegenwirkte. Die Schweinefleischarbeiter brauchen unbedingt eine verstärkte Fleischkost, und dazu wäre hier ein Mittel geboten. Jede Preissteigerung wird als Kriegswucher geahndet, warum darf bei Pferdefleisch noch ungehindert ein Wucherpreis gefordert werden?

In der Friedrictstraße ist Rohwurst zu 3,20 und 3,60 M. ausgesetzt; die erstere ist als Fleischwurst zu bewerten, für die als Höchstpreis 1,80 M. festgelegt ist. Dauerwurst darf für die Folge nicht mehr hergestellt werden. Wie lange soll aber noch der Verkauf solcher „Dauerwurst“ zu dem hohen Preis, der zur Umgehung reizt, zugelassen werden?

Zum Kartoffelbezug.

Alle diejenigen, die sich nicht rechtzeitig bis letzten Donnerstag in die Kundendlisten eingetragen haben, können ihre nachträgliche Eintragung nur erreichen, wenn sie einen schriftlichen Antrag unter Angabe der Gründe für die Verhinderung um nachträgliche Zulassung beim Magistrat, Abteilung für Kartoffelverfugung, Schilderstr. 7, einreichen.

Alle diejenigen, die von außerhalb nach Berlin ziehen, können sich auf Grund einer Bescheinigung der Wrottkommissionen, daß sie nach dem 21. Dezember 1916, den Schluß der Eintragungsdfrist zugezogen sind, zur Kundendliste eintragen lassen. Ebenso kann für Neugeborene eine Nacheintragung auf Grund der Bescheinigung der Wrottkommissionen erfolgen. Soll endlich infolge Wohnungswechsels eine Ummeldung von einem Kartoffelkleinhändler zum anderen erfolgen, so muß der bisherige Kleinhändler auf einem von den Wrottkommissionen an die Kleinhändler auszugebenden Formular bescheinigen, daß er den Kunden in seiner Kundendliste gestrichen hat. Der Kunde muß die Umschreibung zum anderen Kleinhändler auf dem gleichen Formular beantragen, und der neue Kleinhändler muß ebenfalls auf dem Formular bescheinigen, daß der Kunde in seiner Kundendliste eingetragen ist. Der neue Kleinhändler reicht dann dieses Formular an die Abteilung für Kartoffelverfugung des Magistrats, Schilderstr. 7, ein. Der Kleinhändler kann jedoch schon vor der Genehmigung des Magistrats, soweit er ohne Beeinträchtigung seiner übrigen Kunden hierzu in der Lage ist, den neuen Kunden bescheiden.

Lebensmittel in der Weihnachtswoche.

Auch in der nächsten Woche können in Groß-Berlin nur zusammen 80 Gramm Fett und 30 Gramm Margarine, die Zufuhr von Kartoffeln ist auch in den letzten Tagen recht gering gewesen, so daß voraussichtlich in der Woche zwischen Weihnachten und Neujahr wieder nur fünf Pfund auf den Kopf der Bevölkerung zur Verteilung gelangen werden und außerdem zwei Pfund Rohstrüben. Die Fleischration bleibt auf 250 Gramm stehen.

Eine Besprechung im Zweckerband über die Beschränkungen der Beschränkungen fand gestern nachmittags statt. An der Verhandlung nahmen teil: Vertreter der Städte Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf, Neukölln, Lichtenberg, des Kreises Teltow, der Gemeinden Steglitz, Weihenow, Panlow und Lichterfelde, sowie Vertreter der Gewerkschaftskommission, des Verbandes der deutschen Gewerkschaften, der Handelskammern Berlin und Potsdam, sowie Vertreter der Berliner Zeitungsverleger, der Verleger des Kaufmannsverbandes u. a. m. Im Laufe der Besprechungen ergab sich Einigkeit darüber, daß der Berufsverband der für die Heeresverwaltung arbeitenden Betriebe unter allen Umständen eine richtige Verteilung der Lebensmittel durchsetzen muß. Ferner wurde für notwendig erachtet, eine Anzahl Hauptlinien, die namentlich dem Bahnhofsverkehr, dem Berufsverkehr des Zeitungsgewerbes und sonstiger Beamter, Angestellten und Arbeiter dienen, in bisheriger Umfang weiter verkehren müssen.

Die Rarmelade, die der Stadt Berlin zugewiesen war, ist zum größten Teil bereits verteilt worden. Eine geringe Restmenge der Ware konnte bisher nicht zur Verteilung gebracht werden, da ein Teil der mit der Lieferung beauftragten Fabriken die Fristen nicht innegehalten hat. Es ist jedoch zu erwarten, daß die Rarmelade in den Kleinhandelsgeschäften bis zum Ende dieses Monats erhältlich sein wird.

Militärrauber, die nach Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf, Lichtenberg und Neukölln kommen, erhalten von heute ab ihre Brot- und Lebensmittelrationen nicht mehr auf den Wrottkommissionen, sondern direkt durch Verpflegungstellen, die den Kommandantur-Wehrstellen auf den Bahnhöfen angegliedert sind. Eine Ausnahme bilden nur die sogenannten Entlassungsurlauben, die für den Tag ihrer Ankunft auf den Bahnhöfen verpflegt werden, vom zweiten Tage ihres hiesigen Aufenthalts ab jedoch durch die Wrottkommissionen ihre Rationen erhalten.

Widhöchstpreise. Wenn unzerlegtes Wild im Kleinverkauf durch den Jäger selbst an den Verbraucher abgegeben wird, dürfen die für den Großhandel festgesetzten Preise nicht überschritten werden. Beim Verkauf von einzelnen Stücken zerlegten Wildes durch den Jäger an den Verbraucher gelten hingegen die Kleinhandelspreise.

Die Weihnachtsverkaufszeit in den Berliner Markthallen bringt eine kleine Aenderung in der üblichen Verkaufszeit. Nach einer Anordnung des Polizeipräsidenten ist in allen Markthallen am Sonntag, den 23. Dezember, eine ununterbrochene Verkaufszeit von 7 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags. Am Sonntag sind die Markthallen für den Kleinverkauf von 7 bis 10 Uhr früh geöffnet. Am ersten und zweiten Feiertag ist die übliche Sonntagsverkaufszeit von 7 bis 9 Uhr früh. Mit Ablauf der Schlusstage, die durch Läden angezeigt wird, ist jeder Verkauf einzustellen im Gegensatz zu der Weihnachtsverkaufszeit in den Bäckereien, wo nach einer Anordnung des Oberkommandos noch alle Kunden zu bedienen sind, die sich beim Ablauf der Verkaufszeit im Laden befinden.

Der Deutsche Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“, der Berlin, hielt am 17. Dezember im Gewerkschaftshaus eine Bundeskonferenz ab. Vertreten waren 10 Ortsgruppen mit den dazu gehörigen Abteilungen. Der Bund zählte am 1. Oktober 1916 1338 männliche und 426 weibliche Mitglieder. Von 54 Mitgliedern ist der Tod auf dem Schlachtfeld bekannt geworden. Das Organ des Bundes, der „Wanderfreund“, erscheint in einer Auflage von 200 Exemplaren. Am 2. Punkt der Tagesordnung wurden die Auswüchse in der Wanderbewegung kritisiert. Ein großes Hindernis für die Durchführung von Wanderungen bilde die Lebensmittelfrage. Eine weitere Gefahr entsehe in Groß-Berlin durch die Verkehrsbeschränkungen und die Einstellung der Sonntagsfahrten. Eine Fahrpreiserhöhung auf den Igl. preussischen Staatsbahnen, wie sie auf den österreichischen Bahnen seit langem bestehen, sei zurzeit leider noch nicht allgemein durchgeführt. Zum Schluß wurde beschlossen, mit dem Wiener Touristenverein „Die Naturfreunde“ in ein Kartellverhältnis zu treten. Als gemeinsames Organ ist der „Wanderfreund“ auszuwählen.

Die Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 3 (Laden), ist am morgigen Sonntag nachmittags von 2—4 Uhr geöffnet. Sie bietet eine reiche Auswahl von Jugendschriften, Klassikern, Unterhaltungs-, wissenschaftlicher und Parteiliteratur.

Salsk-Theater am Ros. An beiden Festtagen je zwei Vorstellungen. In allen Vorstellungen das umgelürzte Weihnachtsprogramm. Nachmittags hat jeder Erwachsene ein Kind frei. Die Abendvorstellungen beginnen ab Weihnachten bereits um 7 1/2 Uhr und enden um 10 1/2 Uhr. Beginn der Nachmittagsvorstellungen 3 1/2 Uhr.

Zirkus Busch. Am morgigen Sonnabend kommt wieder in einer Nachmittagsvorstellung neben dem glänzenden Programm die Märchenpantomime „Weihnachtsmann“ zur Aufführung. Jeder Erwachsene hat in dieser Vorstellung ein Kind frei, jedes weitere Kind zahlt nur halben Eintrittspreis. Am Sonntag fallen die Vorstellungen aus, dafür bringen die Weihnachtsfesttage wieder zwei Vorstellungen mit den Märchenpantomimen täglich. Da der Andrang zu diesen Vorstellungen sehr groß sein wird, empfiehlt es sich, Karten im Vorverkauf zu lösen, der täglich vormittags 10 Uhr beginnt.

Im Rose- und Salsk-Theater beginnen die Vorstellungen ab ersten Weihnachtstag nachmittags 3 Uhr, abends 7 1/2 Uhr. Märchenvorstellungen 3 1/2 Uhr.

Silvester. Das Berliner Polizeipräsidium teilt mit, daß es nicht daran denkt, die Polizeistunde am Silvester zu verlängern.

Im Barbier- und Friseurgewerbe darf der Betrieb an den Sonn- und Festtagen nur bis 2 Uhr nachmittags stattfinden.

Der Todessturz aus dem Stadtbahzuge. Die Persönlichkeit des bei einem Sturz aus einem Stadtbahzuge zwischen Trepstow und Baumischulenberg am Mittwoch tödlich verunglückten Mädchens ist jetzt festgestellt worden. Die Verstorbene ist die 19jährige Martha Wohle, die in der Scheiderstr. 6 in Baumischulenberg in Stellung war. Der Unfall ist dadurch entstanden, daß die G. sich an die Tür des Abteils gelehnt und dabei vermutlich den nicht ordnungsgemäß bedienten Verschluss gelockert hat, so daß die Tür plötzlich aufging und das Mädchen rücklings aus dem Zuge stürzte. Der Tod trat infolge eines schweren Schädelbruchs ein.

Der Raubmord in der Matternstraße. Die Ermittlungen zur Aufklärung des Verbrechens an der Kohlenhändlerin Auguste Kühner haben gestern spät abends zu zwei Festnahmen geführt. Unter dem Verdacht der Täterschaft und der Beihilfe oder Mithilfschaft wurden der 45 Jahre alte Schneider Friedrich Kühner aus der Matternstraße 8 und dessen Frau, eine 42 Jahre alte Witwe Sophie Hoffmann aus der Straßmannstr. 26 vorläufig in Haft genommen. Kühner ist mit der Ermordeten nicht verwandt. Mit Frau Hoffmann hat er seit längerer Zeit ein Verhältnis, das demnächst zur Ehe führen sollte. Wie schon oft vorher, so half der Schneider der Händlerin auch am vergangenen Sonnabend wieder beim Verpacken und Abtragen der Kohlen. Auf ihn wurde schon bald der Verdacht gelenkt. Er wurde auch vernommen, aber einstweilen wieder entlassen. Neuere Ermittlungen verstärkten den Verdacht jedoch so, daß man Kühner wieder zum Verhör holte und jetzt

mit seiner Geliebten in Gewohsam befiel. Am schwersten belastet ihn Aussagen eines Sohnes der Witwe Hoffmann, des 17 Jahre alten Schlächterburschen Gustav Hoffmann. Dieser hat anderen erzählt, Kühner habe am Sonntagvormittag in der Hoffmannschen Wohnung gedübelt, in der Matternstraße sei ein Ding passiert. Nun konnte am Sonntag außer dem Täter vom dem Morde noch niemand etwas wissen, denn er wurde ja erst am Dienstagmorgen entdeckt. Der junge Hoffmann sagt jetzt allerdings, die Neugier sei nicht am Sonntag, sondern erst später gefahren. Er will den Tag nicht genau mehr wissen, anderen jedoch soll er sie schon vor der Entdeckung des Mordes mitgeteilt haben. Die Kriminalpolizei ist jetzt eifrig bemüht, Widerprüche, die hier noch bestehen, aufzuklären. Ein abschließendes Urteil ist noch nicht möglich.

Wie uns in später Stunde gemeldet wird, hat sich der Verdacht gegen Kühner und Frau Hoffmann nicht bestätigt. Beide sind daher wieder aus der Haft entlassen worden.

Aus den Gemeinden.

Inseren Abonnenten in Tempelhof und Mariendorf konnte infolge von Transportschwierigkeiten durch Glätteis der „Vorwärts“ am 20. und 21. d. M. nicht zur gewohnten Zeit zugestellt werden. Wir bitten um Nachsicht.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Regel. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung stand auch der Antrag eines Ortsstatuts über Erhebung eines Zuschlages zur Zuwachsteuer zur Verhandlung. Man entschied sich jedoch dahin, die Angelegenheit bis nach Beendigung des Krieges zu vertagen. — Bei den Feuerungszulagen haben sich Änderungen nötig gemacht, um noch einigen Lehrerinnen, die übergegangen waren, entgegen zu kommen. Auch sollen die Festtagsbezüge bzw. Zuschüsse zum Krankengeld bei den Gemeindearbeitern besser geregelt werden. — Auf Veranlassung der Stadt Berlin wurde über die Vaufluchtlinien in der Bernauer Straße (Berliner Wasserwerke) erneut beschlossen, wobei dem Einspruch Folge gegeben wurde. — Nachdem die Reichszuschüsse an Angehörige von Kriegsteilnehmern erhöht sind, macht sich auch eine entsprechende Veränderung der Grundzüge für die Gemeinde Regel nötig. Die Vertretung stimmt zu, daß je nach der Bedürftigkeit und Kinderzahl gewährt werden sollen als Mindestsätze: 41, 57, 70, 83, 96 M. Betreffs der Anrechnung der Beihilfen von Arbeitgebern der Soldaten wird bestimmt, daß 9 M. für die Frau und 2 M. für jedes Kind nicht angerechnet werden dürfen. Die Mehraufwendungen sind auf 400 bis 500 M. monatlich zu veranschlagen. Um die „Arbeitsfreudigkeit“ der Kriegerfrauen anzuspornen, sollen nach den neuen Bestimmungen nunmehr 50 M. Arbeitsverdienst für die Mutter und je 10 M. für

jedes Kind von der Mitanrechnung freigelassen werden. Man hofft damit auch gewisse unliebsame Vorkommnisse bei der Gewährung der Pflanzgutscheine zu beseitigen. — Infolge der umfangreichen Erweiterungen der Vorarbeiten hat die Firma einen Antrag auf Genehmigung eines zweiten Gleisanschlusses über die Berliner Straße hinweg nach dem neuen Werk gestellt. Die Vertretung stimmt dem vorgelegten Vertrage zu, der den ähnlichen derselben Firma entspricht, unter besonderer Betonung des notwendigen polizeilichen Sicherheitsdienstes und der gesteigerten Verkehrsbehinderungen durch dieses Doppelgleis. — Beim letzten Punkt wird die allgemeine Frage über alle mangelhaften Kranentransportwege am Orte von neuem erörtert. Der Bürgermeister erkennt die Mängel an; es soll Abhilfe geschaffen werden; die Vorarbeiten sind bereits gegeben. Für später soll eine allgemeine Regelung des gesamten Kranentransportwesens stattfinden.

Charlottenburg. Die Aufgabestellen der allgemeinen Speisung sind am 24. und 25. d. Mts. geschlossen. Am 26. d. Mts. erfolgt die Speisenausgabe zwischen 11 und 2 Uhr mittags. Am 31. Dezember und am 1. Januar findet keine Speisenausgabe statt. Das Abschneiden der Fleischkarten kann nach wie vor am Tage der Anmeldung stattfinden.

Neukölln. Die dauernd steigenden Aufgaben der Lebensmittelkommission beschäftigten die letzte Stadtverordnetenversammlung. Zur Bewältigung dieser Aufgaben wurde die Kommission erheblich verstärkt, so daß für die einzelnen Zweige der Lebensmittelbeschaffung besondere Unterkommissionen gebildet werden können. Der Kommission gehören u. a. die Genossen Wuyts, Kloth, Heitmann, Scholz, Groger, Jeymeisel, Ohtomski und Müller an.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, 24. Dez., vormittags 11 Uhr. M. Frankfurter Str. 6: Vortrag von Herrn Gust. Baumig: „Die des Weihnachtsfestes“. — Montag, 25. Dez.: Herr Dr. W. H. Baegge: „Reinshverdung“. — Nächste freireligiöse Vorlesung Sonntag, 7. Januar.

Eingegangene Druckschriften.

Triumph des Nationalismus in Ägypten. Entgegnung und Protest von Dr. M. R. Klotz. 25 B. E. Hermann, Berlin, Deutsch. 8. **Neugriechische Märchen.** Herausgegeben von P. Kreischer. Pappband 3,50 M. E. Diederichs, Jena. **Brantkau, Dichters Ehrentrag.** Die kleinen Verwandten. Drei Einakter von P. Thoma. 2,50 M., geb. 4 M. H. Langen, München. **Frauenberufsprage und Bevölkerungspolitik.** Jahrbuch des Bundes Deutscher Frauenvereine für 1917. Herausgegeben und bearbeitet von Dr. Elisabeth Ullmann-Gothelmer. Geb. 4 M. V. O. Leubner, Leipzig. **Invalidentendenz, Staat und Gesellschaft.** Ein Aufruf zur Gründung von Arbeitsinvaliden-Erwerbsgenossenschaften von H. Pauer. 1,50 M. — **Die Kinomenschheit.** Von R. Guttmann. 70 Pf. — **Liebesgaben von Hias und Hans aus Schönenbrunn.** Vortragshilfen in überreichhaltiger Mundart von F. Stechauer. 1 M. Ungenubner-Verlag, Wien 10.

Pelzwaren eigener Konfektion, gut sortiertes reichhaltiges Lager in allen Pelzarten, Reparaturen nach schicken Modellen. Kürschnermeister Itzig, Kantstr. 50 im Hause der Post.

Carl Zobel Schaulenster
121 Köpenicker Straße 121
 Eckhaus Michaelkirchstraße 9—10.

Herren-, Jünglings- und Knabenbekleidung
 fertig und nach Maß.

Anzüge □ Paletots □ Ulster
 Alle Größen, auch für sehr korpulente wie überschlankte Herren, stets am Lager.
 Sehr billige, aber feste Preise.
 Werkstätten im Hause. — Ankleidezimmer in jeder Abteilung.
 Besichtigung meiner Läger ohne Kaufzwang.
Gr. Stofflager für Maß-Anfertigung.
 Staatspreise. Goldene Medaille. Ehrenpreise.

Grammophone trichterlose und Feld-Apparate in jeder Preislage.
 Großes Lager in **Schallplatten.**
 Alle Schlagert aus den neuesten Operetten etc.
 Abgespielte Platten sowie Bruch werden bis M. 1,50 pro Stück in Zahlung genommen.
 Eigene Reparatur-Werkstatt.
W. Becker Spezial-Geschäft Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 127 I, Ecke Schillerstraße (kein Laden).

Derner

Schuhhaus
 Schöneberg
 Hauptstraße 160
 Ecke Kaiser-Friedrich-Straße.
 Wilmersdorf
 Augustastr. 1.
 Für den Winter:
Filz- und Kamelhaarschuhe
 für Damen- Herren und Kinder
 in sehr großer Auswahl.
Billigste Preise!

Passende Weihnachtsgeschenke
 in **Damen-, Herren- und Armbanduhr**
 in Gold, Silber, Tala u. Stahl sowie
 Ketten, Armbänder, Ring
 Broschen, Ohrringe, Halskette, anschlachtenköpfe, Schlippsnadeln in allen Preislagen.
 3 Jahr. Garant. f. Uhr Für unsere Krieger: Uhren mit Leuchtblatt.
 Wanduhren und Wecker in allen Arten.
Emilquade, Berlin-Schöneberg, Hauptstrasse 144,
 Größtes und billigstes Spezialgeschäft Schönebergs.
 Altes Gold und Silber wird in Zahlung genommen.

Bezugsquellen-Verzeichnis
 Berlin-Südost
 Erbsen- u. Weizenmehl, r. u. w. Mehl, alle Backwaren, alle Backwaren, alle Backwaren.

Bäcker- u. Konditoreien
 P. Radloff, Nolln., Alsterstr. 37
 Aserkasseng. Knecht.

Fleisch- u. Wurstwaren
 Paul Müller, Friesenstr. 22.
 G. Hegber, Karlagarten 16
 F. Fleischw. u. Metzger.

Mehl- u. Kolonialw.
 Joh. Pietsch, Gneisenaustr. 97
 A. Schleinitz, Mariannenstr. 14

Weine, Fruchtsäfte, Likör.
E. & M. Leydicke
 Hansteinstr. 4

Uhren, Goldwaren
 S. Fenske, Kottbus. Damm 94
 streng real, anerkannt bill.

Neukölln
C. Dittmann
 Berlinstr. 43
 Wild - Geflügel - Fische.

Bezugsquellen-Verzeichnis
 Berlin-Westen
 Bei Kalkbäcker empfohlen.

Brauereien
Adelung & Hoffmann
 Akt.-Brauerei Potsdam
 Eig. Niederlag. Berlin SW. 47
 Kreuzbergstrasse 25, Brandenburger a. H., Wilhelmshofstr. 72.

Spezial-Bier- u. Lagerbier
Georg Babelow
 Potsdamer Strasse 76b.
 Gelegenheltdankäufe
 Wrad. Flanzer, Alt-Moab. 110.8

Weine, Fruchtsäfte, Likör.
E. & M. Leydicke
 Hansteinstr. 4

Charlottenburg
 Mehl- u. Kolonialw.
 Otto Gaege
 Wilmersd. Str. 44 41.

O. Grätz
 Schuhw.-Lag. Rep. bill. Lützowstr. 7.

Nowawes
A. Kieper
 Friedrichstr. 28
 Damen-, Kinder-Konfektion

Spandau
Paul Gaege Mehl und Kolonialw.
 Breitenstr. 57, Schönwalderstr. 12/14, Fichelsdorferstr. 12.
 Haus- und Küchengeräte
Hermann Finck
 Eisenw., Schönwalderstr. 57.
 Alfred Bartels, Breitenstr. 33
 Schirme, Leder, Drechselw.
 A. Markgraf, Breitenstr. 11 Eck.
 Jägerstr. 15, F. Perle, Strieg.
 Goldschmiedemeist.
 Ad. Tornow Markt 10, reg. 1400.

Pelzwaren
 wegen Einberufung enorm billig.
 Alaskafuchs-Kragen . . . M. 18.— an
 Skunkskragen . . . 50.—
 Imit. Alaskafuchs . . . 12.—
 Marder . . . 60.—
 Große Auswahl in allen anderen Pelzwaren. — Reparaturen werden schnell und billig ausgeführt.
Poczler, Kottbus. Damm 15.
 Bitte genau Hausnum. zu beacht.

Kranz- u. Blumenspenden
 schnell und billig.
 Turmstraße 56 **Dahers**
 Roabit 6134.
Für Feldsoldaten!
 Deutsch-Polnisch 15 Pf.
 Deutsch-Französisch 15 Pf.
 Buchhandlung Tentsche.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
 Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
 Spezialität: Nordhäuser Kautabak von **G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.**
 Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.
 Amt Moritzpl. 3014.

Winter-Paletots von M. 42.— an
Winter-Ulster von M. 36.— an
Winter-Joppen von M. 11.— an
M. Schulmeister
 Dresdener Straße 4 Kottbuser Tor
 Ab 1. Okt.: Sonntags 12-2 geöffnet.
 Maßanfertigung zu allerbilligsten Preisen.
Sacco-Anzüge von M. 38.— an
Rock-Anzüge von M. 54.— an
Jünglings-Anzüge von M. 29.— an